

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Klage der Marshall-Inseln vom IGH abgeschmettert

**Den Haag:** Eine knappe Mehrheit der Richter des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag verhinderte mit formalen Argumenten eine inhaltliche Prüfung der Klage der Marshall-Inseln gegen die Atomwaffenstaaten.

Der Inselstaat im Nördlichen Pazifik hatte gegen alle neun Atomwaffenstaaten geklagt. Die Begründung für seine Klage: Nach 48 Jahren seien die Atomwaffenstaaten der 1968 bei Abschluss des Atomwaffensperrvertrages eingegangenen Verpflichtung, einen Abrüstungsvertrag mit dem Ziel der völligen Abschaffung aller Atomwaffen zu verhandeln, immer noch nicht nachgekommen.

Aus der im letzten Jahr erhobenen Klage schieden zunächst die Staaten aus, die sich nicht der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes (IGH) unterwerfen. Übrig blieben deshalb nur Großbritannien und Pakistan. Doch mit der Frage, ob die Atommächte gegen ihre Pflicht zur Verhandlung eines nuklearen Abrüstungsvertrags verstoßen, wird sich der Gerichtshof auch gegen diese beiden Staaten nicht befassen.

Der IGH, das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen, verkündete am 5. Oktober 2016 die seit Langem erwartete Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage der Marshall-Inseln. Mit einem denkbar knappen Abstimmungsergebnis, bei dem die Stimme des Präsidenten den Ausschlag gab, hielt der Gerichtshof den von Großbritannien erhobenen Einwand für zutreffend, die von den Marshall-Inseln erhobene Klage sei unzulässig.

Die Verletzung der Verpflichtung aus Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags, mit dem ernsthaften Willen zur Einigung über eine

vollständige nukleare Abrüstung zu verhandeln, habe zum Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen den Parteien nicht in ausreichendem Maße im Streit gestanden. Die Atommächte hätten mangels eines konkreten vorgerichtlichen Disputs nicht mit der Klage rechnen müssen. Mit neun zu sieben Richterstimmen entschied der Gerichtshof daraufhin, wegen der fehlenden Sachurteilsvoraussetzung könne er sich mit der materiellen Begründetheit der Klage nicht mehr befassen.

Die Marshall-Inseln, die von ihrem ehemaligen Außenminister Tony de Brum und einem Team erfahrener Völkerrechtsexperten u.a. aus den Niederlanden vertreten wurden, hatten vorgetragen, die Marshall-Inseln hätten den von ihnen erhobenen Vorwurf in verschiedenen internationalen Konferenzen gegenüber den Atommächten unmissverständlich deutlich gemacht und letztere hätten ihn dabei stets zurückgewiesen. Dies reichte der Mehrheit der Richter nicht aus. Sie forderten, dass dies auch bei bilateralen Kontakten zwischen den Staaten geschehe.

Die Regierung der Marshall-Inseln unter Präsidentin Dr. Hilda Heine wird nun die Entscheidung des IGH sorgfältig analysieren. Dabei wird vor allem eine Rolle spielen, welche Anforderungen der IGH an das vorprozessuale Agieren des Klägers stellt, damit die Voraussetzungen für eine Befassung mit dem materiellen Klagegegenstand gegeben sind. Nach Erfüllung dieser Voraussetzungen hätten die Marshall-Inseln die Möglichkeit, das Klageverfahren erneut mit dem gleichen Ziel wieder einzuleiten. Insofern ist durch das Prozessurteil des IGH noch nichts endgültig verloren, so die IALANA Deutschland.

*Info:* Auf den Marshall-Inseln im nordwestlichen Pazifischen Ozean leben etwa 73.000 Menschen. Am 1. Mai 1979 wurden die Inseln als Republik unabhängig und schlossen ein Assoziierungsabkommen mit den USA, das 1986

in Kraft trat. Von 1946 bis 1962 nutzten die USA die Inseln (vor allem das Bikini-Atoll) zum Testen ober- und unterirdischer Atombomben. Noch heute sind Teile von Atollen mit Beton eingesargt, andere Inseln gelten wegen der hohen Strahlenbelastung für mehrere tausend Jahre als unbewohnbar. Die Menschen leiden bis heute an den gesundheitlichen Spätfolgen der radioaktiven Verstrahlung, die Rate von Missbildungen bei Neugeborenen ist hoch. (*Pressemitteilung der IALANA – Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms 07.10.16, FreiRaum Nr. 14, 12/2016, CIA World Fact Book*)

### Deutschland wird Dialogpartner des Pacific Islands Forums

**Pohnpei:** Bei dem jährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des *Pacific Islands Forum* (PIF) vom 8. bis 10. September 2016 in Pohnpei in den Föderierten Staaten von Mikronesien ist Deutschland in die Liste der Partnerländer und Partnerorganisationen des PIF aufgenommen worden. Somit hat Deutschland zukünftig das Recht, mit einer Delegation an den sogenannten Post-Forum-Dialogen teilzunehmen, die im Anschluss an die internen Besprechungen der pazifischen Staats- und Regierungschefs stattfinden. Der Beschluss, der Teil des jährlich verabschiedeten *Forum Communique* war, sah außerdem vor, dass Deutschland auch in diesem Jahr bereits mit einer Delegation am Post-Forum-Dialog teilnehmen konnte.

Das *Pacific Islands Forum* wurde 1971 gegründet und gilt als die wichtigste politische Regionalorganisation im Pazifik. Ihr gehören Australien und Neuseeland ebenso wie die Cook-Inseln, Kiribati, die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau, Nauru, Samoa, Tonga, Tuvalu, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Vanuatu und Niue an. Fidschi ist ebenfalls Vollmitglied,

lässt seine Partizipation in der Organisation in Folge einer Suspendierung im Jahr 2009 – welche mit der Durchführung demokratischer Wahlen im Jahr 2014 geendet hat – aber in Protest gegen den Einfluss Australiens und Neuseelands weiterhin ruhen. Auf dem Treffen im September wurden außerdem Französisch-Polynesien und Neukaledonien, die zuvor assoziierte Mitglieder waren, als Vollmitglieder in die Organisation aufgenommen.

Insgesamt ist Deutschland der 17. Dialogpartner des PIF. Aus Europa gehören bereits seit vielen Jahren die früheren Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, aber auch Italien und seit einigen Jahren Spanien zur Gruppe der Dialogpartner. Auf der Liste der Partnerländer stehen darüber hinaus Kanada, die Volksrepublik China, Kuba, die USA, Indien, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia, die Philippinen, Thailand und die Türkei. Auch die Europäische Union gehört als Organisation zu den Dialogpartnern. Wahrgenommen wird die Vertretung Deutschlands zunächst voraussichtlich von den für die pazifische Inselregion mitverantwortlichen deutschen Botschaften in Wellington (Neuseeland), Canberra (Australien) und Manila (Philippinen). In der Vergangenheit hatten andere Dialogpartner jedoch auch bereits hochrangige Vertreter zur Teilnahme an den Forumstreffen entsandt, darunter die frühere US-Außenministerin und jüngst unterlegte Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton und ihr Amtsnachfolger John Kerry. Für die Europäische Union hat auch bereits der frühere EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso an einem Treffen teilgenommen. Die Aufnahme Deutschlands in die Liste offenbart ein zumindest partiell gestiegenes Interesse Deutschlands an der pazifischen Inselregion. Dieses mag unter anderem mit einem Interesse an Ressourcen und Forschung zu Tiefseebergbau in der Region zusammenhängen, andererseits auch mit sicherheits- und macht-

politischen Interessen: So will Deutschland im Jahr 2018 erneut für zwei Jahre als nicht-ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt werden und benötigt dafür auch die Unterstützung der pazifischen Inselstaaten. Trotz einiger Anpassungen in den vergangenen Jahren gilt das Format der Post-Forum-Dialoge vielen Beobachtern als veraltet. Schon vor einigen Jahren hatte die Europäische Union in einem Bericht zum Ausbau der Zusammenarbeit mit dem PIF darauf verwiesen, dass die Post-Forum-Dialoge wenige Möglichkeiten zum Austausch für die Dialogländer mit den pazifischen Staaten bieten, der über eine bloße Information über die zuvor gefassten Entschlüsse der Mitgliedsstaaten des Forums hinausgeht. (*Pacific Islands Forum Communique 2016, Public Information Office of the Federated States of Micronesia 19.9.16, Pacific Islands Report 13.9.16, Wikipedia*)

### **Pazifikstaaten kritisieren Menschenrechtsverletzungen in Westpapua**

Bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York haben am 23. September sieben pazifische Staaten vor der Versammlung ihre Sorge bezüglich der Menschenrechtssituation in Westpapua ausgesprochen. *„Diese Versammlung kann und darf diese erbärmliche Situation nicht ignorieren. Sie darf sich nicht hinter dem Prinzip der Nichteinmischung und der Achtung der Souveränität eines Staates verstecken“*, sagte der Vertreter Tuvalus, Premierminister Enele Sosene Sopoaga in seiner Rede vor der Versammlung. Auch Vanuatu, Nauru, die Salomonen, Tonga, Palau und die Marshall-Inseln brachten die Probleme in ihren Reden zur Sprache.

Dr. Hilda Heine, die Präsidentin der Republik der Marshall-Inseln, sagte: *„Ich bitte den Menschenrechtsrat der UN, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen und einen glaubwürdigen Bericht über die mutmaßlichen Men-*

*schenrechtsverletzungen in Westpapua zu verfassen“*.

Indonesien wolle – so der Vertreter der Salomonen – jede Art von Opposition zum Schweigen bringen. Die Vertreter forderten Indonesien auf, das Recht auf Selbstbestimmung auch in Westpapua zu schützen.

Indonesien reagierte abwehrend auf die Forderungen der pazifischen Vertreter und wies die Anschuldigungen von sich. *„Die politisch motivierten Statements zielen darauf ab, separatistische Gruppen zu unterstützen, die für Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Angriffe auf Zivilisten und Sicherheitskräfte verantwortlich sind“*, behauptete die Vertreterin Indonesiens. (*Marshall Islands Journal online, Westpapua-Netzwerk online*)

### **Fidschi richtet Klimakonferenz in Bonn aus**

**Bonn:** Die nächste UN-Klimakonferenz im November 2017 wird von Fidschi ausgerichtet. Stattfinden wird sie allerdings am Hauptsitz des UN-Klimasekretariats UNFCCC an dem deutschen UN-Standort in Bonn. Fidschi wird die Konferenz als sogenannter "Co-Chair" mit ausrichten. Der Pazifikstaat hatte jedoch von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Konferenz aus logistischen Gründen am UNFCCC-Hauptsitz und nicht in Fidschi stattfinden soll. Laut *Radio New Zealand International* hat das Land für die Ausrichtung der COP 23 breite Unterstützung von den benachbarten pazifischen Inselstaaten sowie auch von der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) erhalten. (*Artikel von Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Reuters 16.11.16, Radio NZ Intern. 07.11.16, 14.11.16*)

### **China unterstützt PIF**

**Fidschi:** China unterstützt den *China-PIF Cooperative Fund* des *Pacific Islands Forum Secretariat* (PIF) in Suva (Fidschi) mit 1,05

Millionen US-Dollar. Der chinesische Botschafter in Fidschi, Zhang Ping, überreichte einen symbolischen Scheck im Rahmen einer Feierstunde im Sekretariat.

Der Fonds wurde im Jahr 2000 eingerichtet. Mit seiner Hilfe sollen der Handel zwischen den Pazifikstaaten und China sowie der personelle Austausch zwischen den Regionen finanziert werden, u.a. wurden mit den Fondsgeldern 65 Stipendien an Pazifikinsulaner vergeben. Sie konnten mit der finanziellen Unterstützung durch den Fonds in China studieren oder eine Ausbildung absolvieren. Die Anzahl der vergebenen Stipendien soll nun von bisher zehn auf dann 20 Stipendien pro Jahr erhöht werden.

Die PIF-Generalsekretärin Dame Meg Taylor bedankte sich bei Botschafter Ping für die kontinuierliche und zuverlässige finanzielle Unterstützung. Sie betonte die guten partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Forums-Mitgliedsländern und China, die nochmals einen Aufschwung genommen haben, als in Beijing das *Office of Pacific Trade and Invest* eröffnet wurde. (PIF Pressemitteilung 20.10.16)

### **Fidschis UN-Botschafter Peter Thomson übernimmt Präsidentschaft der UN-Generalversammlung**

**New York:** Fidschis ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen (UN), Peter Thomson, hat am 13. September 2016 für ein Jahr die Präsidentschaft der UN-Generalversammlung übernommen. Wie bereits in der letzten Ausgabe der *Pazifik aktuell* ausführlich berichtet, war Thomson im Juni von einer Mehrheit der 193 Mitglieder zum nächsten Präsidenten des UN-Hauptgremiums gewählt worden. Er setzte sich damals gegen einen Gegenkandidaten aus Zypern durch.

Mit Thomson hat erstmals ein Vertreter eines pazifischen Insel-

staats die Präsidentschaft der UN-Generalversammlung übernommen. Dem Präsidenten und seinen Stellvertretern aus den verschiedenen Weltregionen kommt - ähnlich dem Bundestagspräsidenten im Deutschen Bundestag - einerseits die Funktion der Leitung der Sitzungen zu. Andererseits legt er aber beispielsweise auch die Tagesordnungen fest, entscheidet, welche Anträge zugelassen werden, bereitet wichtige Gipfeltreffen vor und vertritt die Generalversammlung nach außen und gegenüber anderen UN-Institutionen. Regelmäßig tritt er auch gemeinsam mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vor die Presse, so beispielsweise mit dem derzeitigen Amtsinhaber Ban Ki-moon nach der Wahl dessen Nachfolgers António Guterres, der im Oktober von der UN-Generalversammlung als nächster UN-Generalsekretär bestätigt wurde.

Kurz nach Übernahme der Präsidentschaft hat Thomson auch den noch von seinem norwegischen Amtsvorgänger Mogens Lyketoft vorbereiteten ersten Gipfel zu Flucht und Migration der UN-Generalversammlung geleitet, der große mediale Aufmerksamkeit erregte. (Artikel von Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: UN News, DGVN, eigene Beobachtungen, Wikipedia)

### **Brotfruchtgipfel 2017**

**Samoa:** Der nächste Brotfruchtgipfel findet im Oktober 2017 in Samoa statt. Das haben die Teilnehmer des diesjährigen Brotfruchtgipfels vom 27. bis zum 31. August am *Polynesian Culture Centre* der *University of Hawai'i* vereinbart.

Bei dem fünftägigen Gipfel unter dem Thema „Breadfruit: The future of social, cultural, and economic abundance“ tauschten sich Landwirte, Rechtsanwälte, Ethnologen, Botaniker und die Agrarminister pazifischer Inselstaaten über die neuesten Erkenntnisse zum Brotfruchtbaum aus. Schwerpunkt der Expertenge-

sprache war die traditionell glutenfreie Frucht des Baumes. Allein in die USA werden jährlich glutenfreie Produkte des Brotfruchtbaumes im Wert von 16 Milliarden US-Dollar eingeführt. Die Teilnehmer des Gipfels diskutierten, wie die Brotfrucht im Kampf gegen Fettleibigkeit im Pazifik helfen kann und wie eine gesunde Ernährung mit Brotfruchtprodukten aussehen könnte.

*Info:* Der Brotfruchtbaum ist ein tropischer immergrüner Baum aus der Gattung der Maulbeergewächse. Er trägt getrennt männliche und weibliche Blütenstände, aus denen sich bis zu drei Ernten im Jahr entwickeln, die jeweils bis zu 50 Fruchtstände liefern. Der Baum bleibt bis zu 70 Jahre ertragreich. Seine grünen, bis zu zwei Kilo schweren Früchte mit weißem Fruchtfleisch dienen vor allem in Polynesien als Grundnahrungsmittel. Gekochte unreife Früchte werden als Gemüse oder Mus verzehrt. Das Fruchtfleisch kann getrocknet und zu Mehl gemahlen werden. Die Frucht enthält 16 bis 24 kastaniengroße Nussfrüchte, deren stärkehaltiger Samen nach dem Rösten zu Mehl gemahlen wird. Dieses Mehl enthält bis zu 75 % Stärke, bis zu 31 % Zucker, bis zu 5 % Eiweiß und nur 2 % Fett. Es dient u.a. zum Brotbacken. (Samoa Observer 07.10.16, <http://globalbreadfruitsummit.com/> Wikipedia)

### **ADB erhöht Projektgelder für 2017**

**Tonga:** Die *Asiatische Entwicklungsbank* (Asian Development Bank, ADB) hat im Jahr 2016 in der Region Asien-Ozeanien 121 Projekte mit 16,3 Milliarden US-Dollar gefördert. Für das neue Jahr hat die Generalsekretärin der ADB eine Erhöhung der Projektgelder angekündigt. Frau Swati Dandekar, die erste US-Amerikanerin mit indianischen Wurzeln an der Spitze der ADB, gab dies am Rande der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der ADB in

Nuku'alofa (Tonga) bekannt. Dort hatten sich im *Fa'one'ua Convention Centre* vom 25. bis zum 29. Oktober sechs Regionalbeauftragte der ADB mit Dandekar getroffen, um über Strategien und Maßnahmen für die Region Ozeanien im nächsten Jahr zu diskutieren.

*Info:* Die ADB wurde 1966 gegründet. Derzeit gehören ihr 67 Staaten an: 32 aus Asien, 16 aus dem Pazifik und 19 aus Europa. Die multilaterale Entwicklungsbank hat ihren Sitz in Manila (Philippinen). Die Bank vergibt Darlehen an den öffentlichen Bereich und tätigt Kapitalbeteiligungen. (Matangi Tonga 30.10.16), <https://www.adb.org/>

## Arzt von WHO ausgezeichnet

**Cook-Inseln:** Der ehemalige Premierminister (Juli bis November 1999) der Cook-Inseln, der Mediziner Dr. Joe Williams, hat Anfang November einen Preis der Weltgesundheitsorganisation WHO für seine Erfolge bei der Bekämpfung der Krankheit *Elephantiasis* auf den pazifischen Inseln erhalten. Dank der medizinischen Forschungen des inzwischen 82-jährigen Williams und seines internationalen Ärzteteams gilt die Elephantenkrankheit auf den Cook-Inseln inzwischen als nahezu ausgerottet.

Der auf Aitutaki geborene Dr. Williams hatte sich seit 1968 mit der tropischen Infektionskrankheit beschäftigt und Fallstudien auf allen Inseln der Cooks angestellt. Durch die Gabe von Medikamenten und die Unterweisung der Bevölkerung bei der Nutzung von Moskitonetzen und Mückenschutzmitteln war es ihm innerhalb nur eines Jahres gelungen, die Infektionsrate von 45 % auf nur noch 0,08 % zu senken. Durch eine Antibiotikatherapie unter der infizierten Bevölkerung auf den besonders betroffenen Außeninseln (auf Mangaia waren z. B. über 75 % der Menschen mit Fadenwürmern infiziert), gelang

es dem Team um Dr. Williams, die Elephantiasis auf den Cook-Inseln fast auszurotten.

Dr. Williams hat sich aufgrund seiner Grundlagenforschungen auch über weitere tropische Krankheiten weltweit einen Namen gemacht. Zuletzt erschien sein 176-seitiges Standardwerk *„Eczema - The neglected disease of children“*, in der er seine über 50-jährige Forschungstätigkeit beschreibt und die von ihm begründete Behandlungsmethode gegen Ekzeme vorstellt.

*Info:* Die Elephantiasis („die Elephantenartigkeit“) ist eine abnorme Vergrößerung eines Körperteils durch einen Lymphstau. Meist sind die Beine oder die äußeren Geschlechtsteile betroffen. Die Krankheit tritt vorwiegend in tropischen Regionen auf und wird hier als Spätfolge verschiedener Infektionen, unter anderem durch Fadenwürmer, ausgelöst. Die Würmer gelangen durch den Stich einer Stechmücke in das lymphatische System und verursachen dort eine chronische Entzündungsreaktion mit Lymphstau, wodurch es mit der Zeit zu einer extremen Vergrößerung und Verhärtung der Haut kommt. Die Krankheit ist nicht übertragbar. Eine echte Heilung gibt es nicht. (Cook Islands News 07.11.16, <http://flexikon.doccheck.com/de/Elephantiasis>, <http://www.spasifikmarket.com/>)

## Zahntaube vom Aussterben bedroht

**Samoa:** Die weltweit nur auf den beiden samoanischen Inseln Upolu und Savai'i endemische Zahntaube (*Didunculus strigirostris*) ist vom Aussterben bedroht. Naturschützer stellten jetzt bei einer Expedition fest, dass nur noch wenige Dutzend Zahntauben auf den Inseln leben. Die im Samoanischen als „Manumea“ bekannte Zahntaube schmückt die 20-Tala-Banknote und Münzen der samoanischen Währung *tala*. Sie gilt als Wappentier Samoas, obwohl sie gar nicht auf dem Staatswappen vorkommt.

*Info:* Die Zahntaube ist ein Taubenvogel und die einzige rezente Vertreterin ihrer Gattung. Charakteristisch ist der große Schnabel, der an der Spitze gebogen ist. Die Tauben werden in Samoa gejagt, obwohl ihr Fleisch nicht schmackhaft ist. Meist handelt es sich um eine irrtümliche Tötung, denn die Taube sieht von weitem aus wie eine essbare Ringeltaube. (Samoa Observer 05.10.16, <http://www.iucnredlist.org/details/22691890/0>)

## Korrektur: Meereskonferenz findet nicht in Fidschi statt

In der letzten Ausgabe der *Pazifik Aktuell* hatten wir berichtet, dass im Juni 2017 eine bedeutende UN-Meereskonferenz (im Volksmund „Ocean's Conference“) in Fidschi stattfinden würde. Mittlerweile wurde die Konferenz nach New York verlegt. Sie soll aber weiterhin von Fidschi und Schweden vorbereitet und geleitet werden. Die Konferenz steht unter dem offiziellen Titel "United Nations Conference to Support the Implementation of Sustainable Development Goal 14".

## MELANESIEN

## PAPUA-NEUGUINEA

### Haushalt verabschiedet

In seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause hat das Parlament mit 75 zu 0 Stimmen den Haushalt für das Jahr 2017 verabschiedet. Demnach beträgt das Budget 12,9 Milliarden Kina (ca. 4 Milliarden Euro) und ist damit um 1,2 Milliarden Kina niedriger als im Vorjahr. Priorität im nächstjährigen Haushalt haben die Bereiche Bildung, Verkehr und Gesundheit.

Oppositionsführer Don Polye fand drastische Worte für den Haushaltsplan: Das sei doch alles „nur

*Beschiss*“ (Zitat), zeterte er in einer 65-seitigen Eingabe an das Parlament. Die Regierung führe nicht ordentlich Buch, Gelder verschwänden oder würden nicht gemäß des Ausgabenplans verwendet und die Staatsverschuldung werde jährlich höher denn niedriger. Es gäbe noch nicht einmal verlässliche Zahlen über die Höhe der Staatsverschuldung oder über das Bruttoinlandsprodukt, beklagte der Minister die Haushaltsführung der Regierung. Es sei wichtig, den landwirtschaftlichen Sektor zu stützen und Kleinbetriebe finanziell zu fördern. Darüber habe er „*rein gar nichts*“ im Haushaltsentwurf für 2017 gelesen, bemängelte Polye.

Die erste Parlamentssitzung im neuen Jahr findet am 24. Januar statt. (*The Post-Courier* 10.11.16, *PNG Today* 01.11.16)

### Nachtclubbesitzer tritt von Minenkauf zurück

Die in Singapur ansässige Lifestyle-Firma *LifeBrandz*, Betreiberin mehrerer Diskotheken und sechs Nachtclubs in Singapur, ist von dem geplanten Kauf der Tokoluma Goldmine im Goilala Distrikt (Central Province) zurückgetreten. Die Mine ist seit November 2015 im Besitz des asiatischen Geschäftsmannes Philipp Soh Sai Kiang und dessen Firma *Asidokona Mining Resources*. Kiang hatte die Mine für 80 Millionen Kina von der Regierung von PNG erworben.

Im Juni dieses Jahres hatte die Firma *LifeBrandz* mitgeteilt, sie werde Kiang die Mine für 212 Millionen US-Dollar abkaufen. Von diesem Plan trat sie jetzt zurück. Es habe Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung der Finanzierung gegeben und letztlich habe man sich nicht auf einen Kaufvertrag einigen können, hieß es. *LifeBrandz* gab an, stattdessen in ein Minen-Unternehmen in der Mongolei investieren zu wollen. (*The Business Times* 27.10.16, *RamuNickel Webblog*)

### Kein Eingreifen gegen Menschenhandel

Das amerikanische Außenministerium hat in seinem Jahresbericht 2016 zum Thema Menschenhandel („Trafficking in Persons Report 2016“) Papua-Neuguinea in die dritte und damit schlechteste Kategorie - die so genannte „tier three“ - eingestuft. Dies bedeutet, dass PNG noch nicht einmal die Mindeststandards zum Schutz der Menschen vor Menschenhandel, erzwungener Arbeit oder erzwungener Prostitution einhält.

Mädchen und Frauen würden aus ländlichen Gebieten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Städte oder Minengebiete geschleust, um dort in der erzwungenen Prostitution zu enden. Kleine Kinder würden von organisierten Banden als Bettler auf den Straßen der Städte missbraucht. Männer würden von Holzeinschlagsfirmen oder Minenunternehmen zu Dumping-Preisen eingestellt und in den Camps wie Gefangene behandelt. Andere Männer würden auf die Fischfangboote in der Exklusiven Ökonomischen Zone geschickt. Das ist das erschreckende Ergebnis des jährlich vorgelegten Berichts.

Die Autoren des Berichts empfehlen der Regierung, streng gegen Menschenhandel vorzugehen. Dazu sei die Ausbildung von juristischem Personal nötig, das sich mit den Fallstricken der Gesetze auskennt und hart durchgreift, heißt es. Auch gegen Eltern müsste gerichtlich vorgegangen werden, wenn diese ihre minderjährigen Kinder zum Betteln oder in die Prostitution schickten.

Auch die Marshall-Inseln stehen in *Tier Drei* der Liste. Die Salomonen und Tonga stehen auf der so genannten „Watchlist“ der *Tier Two*, sie riskieren damit im nächsten Jahr die Herabstufung. Als Sonderfälle, da sogar noch schlechter als *Tier Drei*, wurden Libyen, Somalia und der Jemen eingestuft. (*Radio NZ Intern*. 26.10.16, <https://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/2016/258696.htm>)

### Pariser Klimaabkommen ratifiziert

Der neuguineische Außenminister Rimbink Pato nutzte seine Teilnahme an der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September 2016 in New York zur Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens. Dort unterzeichnete der Minister außerdem ein Abkommen zur Abrufung von Geldern aus dem *Green Climate Fund*. Dieser Fonds bedient Entwicklungsländer mit Geldern, um Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels finanzieren zu können. Reiche Staaten und die Hauptverursacherstaaten der klimaschädlichen Gase zahlen entsprechend ihres Kohlendioxidstoßes in diesen Fonds ein. Entlang eines Kriterienkataloges können sich vom Klimawandel stark betroffene ärmere Länder aus diesem Fonds bedienen. Mit den Fondsgeldern dürfen jedoch nur Maßnahmen umgesetzt werden, die die Folgen des Klimawandels mildern bzw. dafür sorgen, dass die Länder besser gerüstet sind im Kampf gegen die Klimawandelfolgen (engl. *adaptation and mitigation*).

*Info:* Der *Green Climate Fund* (GCF) ist ein Klimafonds der UN, genauer der UNFCCC. Der Fonds wurde unter dem Stichwort „Loss and Damage“ gegründet mit dem Ziel der Klimafinanzierung, d.h. Geld für Projekte sowohl zur Minderung von Treibhausgasemissionen als auch zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitzustellen. Bis zum Jahr 2020 sollen für diesen Zweck jährlich 100 Milliarden US\$ bereitgestellt werden, (*The National* 31.10.16, <https://www.greenclimate.fund/home>, *Wikipedia*)

### Auszeichnung für Korruptionsinitiative

Im Rahmen der Messe *Innovation Labs World* im November in Singapur hat die neuguineische Initiative „Phones against corruption“ eine Auszeichnung in der Katego-

rie „Best Citizen Engagement“ erhalten. Der Preis wurde von dem Portal „GovInsider“ verliehen.

Die Initiative wurde 2014 gegründet. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt des neuguineischen Finanzministeriums, der australischen Regierung und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Angestellte im Öffentlichen Dienst werden dabei ermutigt, entweder eine SMS zu senden oder einen Anruf zu tätigen, wenn sie über Vetternwirtschaft, Korruption und den Missbrauch öffentlicher Gelder in ihrem Arbeitsbereich stolpern. Dazu ist eine kostenlose Telefonhotline eingerichtet worden. Das Verschicken einer SMS an die Telefonnummer 16321 ist dabei aus allen Netzen kostenlos. Die Absender der SMS bleiben anonym.

Seit dem Start der Hotline haben sich 8.827 Nutzer in 29.000 Textnachrichten und Anrufen über Fälle von Korruption beschwert. Über 90 % aller Anrufe kamen aus den ländlichen Regionen der Insel.

(<http://news.pngfacts.com/2016/10/phones-against-corruption-recognized.html>,  
<http://www.phonesagainstcorruption.org/>)

## **World of Children Award geht in die Chimbu Provinz**

Jimmy Drekore ist am 27. Oktober in New York mit dem „World of Children Award“ in der Kategorie Gesundheit ausgezeichnet worden. Der Neuguineer ist Gründer der Organisation *Simbu Children Foundation*. Diese Wohlfahrtsorganisation, die 2005 ihre Arbeit im Hochland in der Region Chimbu aufgenommen hat, kümmert sich um erkrankte Kinder und ihre Eltern und fliegt diese kostenlos aus dem Chimbu in Krankenhäuser in Papua-Neuguinea oder gar ins benachbarte Australien und Neuseeland. Außerdem finanziert die Organisation den Krankenhausaufenthalt erkrankter Kinder, sorgt für die Unterkunft und Verpflegung mitgereister Familienangehöriger und unterstützt finanziell ein Wai-

senhaus.

Mehr als 100 Firmen in Neuguinea, Neuseeland und Australien sowie zahlreiche Einzelpersonen unterstützen die *Simbu Children Foundation* mit Spenden. Jimmy Drekore hat 2013 seinen Job gekündigt und arbeitet jetzt Vollzeit ehrenamtlich als Koordinator der freiwilligen Helfer und Spender.

Drekore wird das Preisgeld für „Brave Hearts“ verwenden. Durch dieses Projekt wird es herzkranken Kindern ermöglicht, zum Zentralkrankenhaus nach Port Moresby gebracht zu werden, dort die entsprechende Untersuchung an dem einen (von insgesamt landesweit nur 2) Computertomographen durchzuführen und die Kinder eventuell auch direkt am Herzen zu operieren.

*Info:* Die kalifornische Nichtregierungsorganisation *World of Children Award* vergibt seit 1998 jährlich Preise in den Kategorien: Bildung, Gesundheit, humanitäre Hilfe, Jugend, Alumni und Sicherheit. Ausgezeichnet werden Einzelpersonen, die sich in besonderer Weise für den Schutz und die Gesundheit von Kindern engagieren. Mit der Auszeichnung ist ein zweckgebundenes Preisgeld verbunden: Drei Jahre lang erhält der Preisträger jährlich 50.000 US-Dollar für sein Projekt.

(<http://www.worldofchildren.org/honoree/jimmy-drekore/>, *Post-Courier* 11.10.16)

## **Frauen für Engagement geehrt**

Bei den *Westpac Outstanding Women Awards* sind am 24. Oktober in Port Moresby drei Frauen für ihr besonderes Engagement und ihren Einsatz für das Gemeinwohl geehrt worden.

Für den privaten Sektor erhielt Frau Bosa Togs die Auszeichnung. Sie arbeitet als Leiterin der IT-Abteilung bei der Telikom PNG. Togs war das Gehaltsgefälle zwischen Männern und Frauen in vergleichbaren Positionen bei der Telikom aufgefallen. Mit Un-

terstützung von Dame Carol Kidu, (Ministerin für Frauen), der Ombudsmann-Kommission der Regierung und mit der Unterstützung lokaler Frauengruppen konnte Togs dem Management von Telikom Diskriminierung von Frauen und damit einen Gesetzesverstoß nachweisen. Der neue Geschäftsführer des Unternehmens verpflichtete sich daraufhin zur Gleichbehandlung der Geschlechter und zu den gleichen Gehaltsgruppen für Männer und Frauen. Togs begrüßte das zwar, äußerte jedoch weiterhin Kritik an der Leitung des Unternehmens. Es sei nach wie vor sehr schwierig für Frauen in einem Technologiekonzern, in die Führungsriege aufzusteigen.

Für den öffentlichen Sektor erhielt Frau Dr. Luty Amos den Preis. Die promovierte Gynäkologin arbeitete als erste Frau in den Southern Highlands und leitet nun das Ausbildungsprogramm für medizinisches Fachpersonal in Port Moresby. Geehrt wurde Dr. Amos für ihr Engagement gegen Gebärmutterhalskrebs. Sie konzipierte eine Öffentlichkeitskampagne zu diesem Thema und veranlasste, dass Mädchen und Frauen ein kostenloses Krebs-Screening durchführen lassen können.

Als Dritte im Bunde wurde Rita Jaima Paru ausgezeichnet. Sie gewann einen Preis für unternehmerische Weitsicht und Risikobereitschaft. Paru gründete das Catering-Unternehmen „Dial-a-Lunch“ und baute diese Firma innerhalb von nur zwei Jahren zum größten Caterer des Landes aus.

Des Weiteren erhielten folgende Frauen den von der Westpac-Bank ausgeschriebenen Ehrenpreis für besonderes Engagement: Julienne Leka-Maliaki (Präsidentin des Vereins Netball PNG), Annastascia Wanasawo (Präsidentin des Nuku District Women's Network in der Provinz Sandaun) und Dorothy Koch-Waluta (Port Moresby City Mission). (*Radio Australia* 24.10.16, <http://pacificwomeninbusiness.com.au/blog/inspiration/westpac-outstanding-women-wow-awards-2016/>)

## Erdrutsch macht Menschen obdachlos

Ein schwerer Erdrutsch hat Ende Oktober 27 Häuser im Dorf Lababia (Huon Golf) zerstört und die Bewohner obdachlos gemacht. Auch die Gärten wurden vernichtet. Ausgelöst worden war der Erdrutsch durch tagelange heftige Regenschauer. Das Wasser konnte nicht mehr abfließen und ließ den Hang oberhalb des Dorfes abbrechen. Dabei wurde auch die Grundschule des Ortes zerstört sowie das *Kamiali Conservation Centre*, das Büro einer lokalen Umwelt- und Tierschutzorganisation, die sich vor allem um den Schutz der Auen und der Tierwelt in der Provinz Huon Golf kümmert.

Die rund 30 betroffenen Familien hatten Glück im Unglück, denn es gab keine Toten zu beklagen. (*The National* 20.10.16)

## † Catherine Davani

Mit Catherine Anne Davani starb am 4. November die erste Richterin Papua-Neuguineas. Sie erlag im Alter von 56 Jahren im Beisein ihres Mannes John einer Brustkrebserkrankung im Krankenhaus von Brisbane (Queensland).

Catherine Davani wurde in Wau (Morobe Provinz) geboren. Sie wuchs im Dorf Dorom bei Rigo in der Central Province auf. 1984 machte sie ihren Abschluss am *Legal Training Institute* und arbeitete zunächst zwei Jahre in Papua-Neuguinea als Anwältin, bevor sie von 1987 bis 1988 zur weiteren juristischen Ausbildung nach Sydney ging. Ab 1989 war sie als Juristin für die Kanzlei *Namaliu & Co.* in Port Moresby tätig, später dann von 1991 bis 1994 für *Gadens Ridgeway Lawyers*. Nach Stationen in weiteren Kanzleien wurde Davani im Jahr 2001 als erste Richterin an den Bundesgerichtshof in Port Moresby berufen. Zum Zeitpunkt ihres Todes war sie Richterin am Zivilgericht in Waigani.

Neben ihrer juristischen Karriere war Davani auch eine Ausnahmesportlerin. Sie spielte Fußball auf internationalem Niveau. Ihre drei Söhne sind ebenfalls angesehene Fußballspieler.

*Info:* Inzwischen gibt es am Bundesgerichtshof in Port Moresby schon vier Richterinnen. (*Post-Courier* 07.11.16, *PNG Facts online*)

## Internet wird billiger

Noch vor Jahresende will die *National Information and Communication Technology Authority (NICTA)* in Papua-Neuguinea einen so genannten „Internet-Knoten“ (Internet Exchange Point, IXP) installieren. Internet-Knoten sind die Netzwerkelemente des Internets, sie dienen als Austauschpunkte für den Datenverkehr des Internets. An einem Internet-Knoten sind mehrere Internetdienstanbieter, oft mehrere hundert, so zusammengeschlossen, dass sie (zumeist kostenneutral) Datenverkehr zwischen ihren jeweiligen Netzen austauschen können.

Für den Internet-Knoten, dessen Aufbau rund 62.000 US-Dollar kosten wird, haben sich die drei großen Telekommunikationsanbieter bmobile-Vodafone, Telikom PNG and Digicel zusammengeschlossen. Der Knoten soll mit Hilfe von Google in Betrieb genommen werden. Vorteil für die Internetnutzer in PNG wären dann deutlich reduzierte Kosten für die Nutzung des Internets. NICTA-Chef Charles Punaha erklärte, bis dato sei PNG eines der Länder mit den höchsten Gebühren für die Internetnutzung. Dies sei nicht mehr zeitgemäß, denn ein freier und kostengünstiger Zugang zum Internet begünstige auch die Entwicklung der Wirtschaft. Nach Angaben von Punaha könnten sich die Kosten für die Internetnutzer um bis zu 90 % reduzieren. (*Post-Courier* 05.10.16)

## Kubanische Ärzte für ländliche Regionen?

Premierminister Peter O'Neill hat bei seinem kürzlich erfolgten Staatsbesuch in Kuba mit dem kubanischen Präsidenten Raul Castro über den Einsatz kubanischer Ärzte in den ländlichen Regionen von Papua-Neuguinea verhandelt. Vor allem im Hochland und in unzugänglichen Tälern mangle es an medizinischer Versorgung, da immer weniger einheimische Ärzte bereit seien, als „Landärzte“ ihren (oft unterbezahlten) Job zu tun. Man sei deshalb dankbar für die Entsendung kubanischer Ärzte, so O'Neill. Ähnlich wie in anderen Pazifikstaaten könnten diese einheimisches Personal ausbilden. Man wisse um die hohen Ausbildungsstandards in Kuba, so der neuguineische Premier. Präsident Castro zeigte sich dem Ansinnen nicht abgeneigt und versprach weitere Verhandlungen und ein *Memorandum of Understanding*.

Der Vorstoß der Politiker rief Kritik hervor. Professor Glen Mola, Leiter der Gynäkologie an der *PNG School of Medicine*, äußerte sich kritisch zu dem Vorschlag angesichts der geplanten drastischen Kürzungen im Gesundheitsetat im neuen Haushaltsjahr. Es gäbe genug arbeitslose junge einheimische Ärzte, erklärte Mola. Diese arbeiteten jedoch aufgrund der Unterbezahlung und der katastrophalen Zustände in Krankenhäusern und ländlichen Aid-Posts lieber im Ausland. Hier gelte es, Anreize zu schaffen, um die Mediziner im Land zu belassen. Mola beklagte außerdem den Ausbildungsstandard kubanischer Ärzte. Diese seien keinesfalls so gut ausgebildet, dass sie selbständig in tropischen Gebieten Dienst tun könnten, erklärte der Professor. (*Radio NZ Intern.* 28.11.16, <http://www.abc.net.au/news/2016-11-25/png-looks-to-cuban-doctors-to-fix-rural-health/8058338>)

## SALOMONEN

### Neue Ziele in der Bevölkerungspolitik

Das Parlament der Salomonen hat Anfang Oktober ein Strategiepapier zur Bevölkerungsentwicklung verabschiedet. Die *National Population Policy 2017-2026* wurde mit Hilfe des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (*UN Population Fund*) entwickelt. In dem Strategiepapier geht es um den Zugang aller Bewohner zu sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. So sollen die staatlichen Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen allen Menschen zu Gute kommen. Desgleichen sollen die Menschenrechte bewahrt werden. Allen Menschen soll unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit mit Respekt begegnet werden. In dem Papier geht es auch um die Inklusion behinderter Menschen sowie um die Integration von ethnischen Minderheiten. Alle müssten den gleichen Zugang zu staatlichen Ressourcen bekommen, heißt es weiter. Dies betrifft vor allem die bis dato relativ abgeschottet lebenden Menschen im ländlichen Hinterland der Inseln. Ziel sei die Überwindung von Ungleichheit und Ausgeschlossenheit.

Als eines von acht Zielen für die neue Bevölkerungspolitik nimmt der Aktionsplan auch die Männer in die Pflicht. Innerhalb der Ehe und Partnerschaft dürften sie die Schwangerschaftsverhütung nicht nur den Frauen überlassen, sondern müssten sich gleichfalls, z. B. durch die Nutzung eines Kondoms, an der Familienplanung beteiligen. Die aktuelle Geburtenrate in den Salomonen ist mit 4,7 Kindern pro Frau vergleichsweise hoch. (*Pressemitteilung UN Population Fund 5.10.16*)

### Premiere für Kreuzfahrtschiff

Erstmals hat in der Stadt Gizo ein Kreuzfahrtschiff Halt gemacht. Die „Pacific Eden“ der australischen Kreuzfahrtgesellschaft *Carnival* legte den Stopp auf ihrer Pazifikroute ein. An Bord befanden sich 1.500 Menschen. Zur Feier des ersten Besuchs eines Kreuzfahrtschiffes in Gizo fand an Bord ein festliches Mittagessen mit Lokalpolitikern statt. Kapitän Gavin Pears hatte dazu den Tourismusminister Bartholomew Parapolo sowie den australischen Botschafter Andrew Byrne an Bord geladen. Die „Pacific Eden“ weihte mit dem Anlegen auf Gizo auch die von der japanischen Regierung finanzierte neue Anlegestelle im Hafen ein. Minister Parapolo bedankte sich bei dem Vertreter von *Carnival Australia* für das entgegengebrachte Vertrauen und sagte, man werde nach und nach die touristischen Möglichkeiten für die Kreuzfahrttouristen weiter ausbauen.

*Info:* Gizo ist die Hauptstadt und der größte Ort der Provinz Western. Die Stadt liegt 380 km nordwestlich der Hauptstadt Honiara. (*Solomon Islands Broadcasting Corporation 03.10.16*)

### Unterstützung durch Rentner

Der Ausbruch einer massiven Dengue-Epidemie hat das salomonische Gesundheitsministerium veranlasst, bereits pensionierte Ärzte und Krankenschwestern um Hilfe zu bitten. Die Krankenhäuser seien überfüllt und es mangle an qualifiziertem Personal zur Pflege der Erkrankten.

Der Vorsitzende der Katastrophenschutzbehörde, Dr. Chris Becha, sagte, man habe sich an Kirchengemeinden und Nichtregierungsorganisationen mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Diese sollten helfen, die Bevölkerung über die Gefahren von Dengue aufzuklären. Schon einfache

Maßnahmen wie die Verwendung eines Moskitonetzes und die Vermeidung stehender Gewässern senken das Risiko, an Dengue zu erkranken.

*Info:* Das Dengue-Fieber (umgangssprachlich auch „Knochenbrecherfieber“) ist eine tropische Viruserkrankung. Es wird durch eine bestimmte Stechmückenart übertragen und kann zu schweren Komplikationen oder sogar zum Tod führen. (*Radio NZ Intern. 27.10.16*)

### Neuer Botschafter

Roderick Brazier ist der neue Botschafter Australiens auf den Salomonen. Er tritt sein Amt zum 1. Dezember 2016 an. Brazier hat einen Master-Abschluss von der *Fletcher School of Law and Diplomacy* sowie einen Bachelor-Abschluss im Fachbereich Asienwissenschaften von der *Griffith University*. Er verfügt über langjährige Erfahrungen im diplomatischen Dienst, u.a. in Indonesien und Timor-Leste. Vor seiner diplomatischen Karriere arbeitete Brazier zehn Jahre lang von 1999 bis 2009 für die *Asia Foundation* in Kambodscha, Malaysia und Indonesien. Brazier ist verheiratet und hat zwei Kinder. (*Australian High Commission 09.11.16*)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Berlin.]

### Premier gesteht angesichts weiterer Missbrauchsfälle: „Folter ist ein Problem in Fidschi“

Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama hat bei einem regionalen Workshop zur Umsetzung der Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen zugegeben, dass es Probleme mit Folter in Fidschi gebe. Er unterstrich allerdings, dass es sich dabei um Einzelfälle handele



und Folter zu keinem Zeitpunkt staatlich gefördert worden sei. Trotz eines Folterverbots in der Verfassung habe es jedoch immer wieder Fälle gegeben, in denen Personen eigenmächtig gehandelt und versucht hätten, sich über die Verfassung hinwegzusetzen und „das Recht in die eigenen Hände zu nehmen.“

Bainimarama verwies bei seiner Eröffnungsrede des Workshops auch hin auf die Behandlung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in den australischen Internierungslagern auf Nauru und der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus sowie auf die USA, die Folter in ihrem Kampf gegen den Terrorismus anwende. Die Fälle in Fidschi seien völlig andersartige Einzelfälle, deswegen aber nicht weniger ernst zu nehmen.

Menschenrechtsaktivisten begrüßten die Aussagen Bainimaramas als ersten Schritt zur Besserung. Die Sekretärin der Koalition fidschianischer Nichtregierungsorganisationen zu Menschenrechten, Frau Monica Waqanisau, sagte, die Erkenntnis eines Problems sei Voraussetzung dafür, etwas zu ändern. Nun müsste allerdings auch konkretes Handeln zur Bekämpfung von Folter folgen. Aus ihrer Sicht gebe es sehr wohl institutionalisierte Anwendung von Folter und würden die meisten Vorwürfe gegen staatliche Beamte erhoben. Daher werde es Zeit brauchen, ein verändertes Verständnis wirklich in der Gesellschaft zu verankern. Auch die Oppositionsparteien wiesen auf die derzeitigen Missstände hin. Der Anführer der oppositionellen *National Federation Party*, Biman Prasad, sagte, Bainimarama könne nicht einerseits versprechen, entschieden gegen Folter vorzugehen, gleichzeitig aber weiterhin drakonische, freiheitliche Rechte untergrabende Gesetze zum Beispiel zur Pressefreiheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beibehalten.

Begrüßt wurde das Eingeständnis hingegen von dem *United Libera-*

*tion Movement for West Papua* (ULMWP), das über soziale Medien verbreitete, das Eingeständnis von Folter sei ein mutiger Schritt für einen Regierungschef und stehe im krassen Gegensatz zu dem Vorgehen Indonesiens in Westpapua, welches von Folter durchzogen sei, bei dem jegliche Aufarbeitung aber abgelehnt werde. Die ULMWP ist seit verganginem Jahr Beobachtermitglied der *Melanesian Spearhead Group* (MSG), der auch Indonesien als assoziiertes Mitglied angehört. Fidschi gilt bislang als Gegner einer Vollmitgliedschaft der ULMWP und als Partner Indonesiens.

Die Äußerungen Bainimaramas über Folter stehen vor dem Hintergrund wiederholter Vorwürfe von Folter, die durch Polizei und Militär begangen worden seien. Zuletzt erhoben insbesondere mehrere Farmer schwere Anschuldigungen, die bei einer Drogen-Razzia gefoltert worden seien sollen und von denen verstörende Bilder in sozialen Medien aufgetaucht waren (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*). Inzwischen hat es weitere Berichte über Folter gegeben. So berichtete beispielsweise ein Mann, er sei im angetrunkenen Zustand wegen Störung der öffentlichen Ordnung in der fidschianischen Hauptstadt Suva verhaftet und anschließend von Polizeibeamten misshandelt worden. In einem Interview mit *Radio New Zealand International* berichtete er, er sei in der Zelle geschlagen und getreten und anschließend mehrere Stunden trotz Bitte um Hilfe bewegungslos in der Zelle liegen gelassen worden. Daraufhin habe er unter Polizeibewachung zwei Tage wegen gebrochener Rippen im Krankenhaus verbringen müssen. Ein Sprecher der fidschianischen Polizei bestätigte, dass der Mann sich in Polizeigewahrsam befunden habe und später in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Es sei eine polizeiliche Untersuchung der Anschuldigungen gestartet worden. Allerdings wollte die Polizei kein Zeitfenster nennen, in dem die Ermittlungen ab-

geschlossen sein werden.

In seiner Workshop-Rede verwies Bainimarama darauf, dass es in Fidschi eine lange Kultur der Nutzung von Gewalt gebe. Dies betreffe insbesondere häusliche Gewalt gegen Frauen oder bei der Disziplinierung von Kindern, aber es habe auch Fälle gegeben, in denen Polizeibeamte versucht hätten, Geständnisse zu erpressen. Gewaltanwendung sei in der heutigen Zeit jedoch nicht länger akzeptabel. Daher setze seine Regierung frühzeitig an und habe körperliche Strafen in Schulen vollständig verboten. Auch Polizei- und Militärkräfte sollten durch Trainings für die Problematik sensibilisiert werden.

Derzeit ist Fidschi neben Vanuatu und Nauru eines von nur drei Ländern im Pazifik, welche die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen ratifiziert haben. Bei dem Workshop warb Bainimarama dafür, dass weitere pazifische Staaten der Konvention beitreten. Seine Vorreiterrolle versucht Fidschi auch dadurch zu unterstreichen, dass es einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen anstrebt. Wie das Land bekanntgab, bemühe es sich darum, im kommenden Jahr für einen der für die asiatisch-pazifische Staatengruppe reservierten Sitze in den Menschenrechtsrat gewählt zu werden. Bereits bei der diesjährigen Abstimmung über neue Menschenrechtsratsmitglieder im Oktober erhielt Fidschi sechs Stimmen, obwohl das Land offiziell gar nicht zur Wahl stand. Es ist nicht unüblich, dass Länder ihr Missfallen gegenüber allen zur Wahl stehenden Ländern durch die ungültige Wahl eines offiziell gar nicht kandidierenden Staats zum Ausdruck bringen. Da die Wahl geheim stattfindet, ist nicht bekannt, welche Staaten für Fidschi stimmten. (*Radio NZ Intern.* 28.10.16, 29.10.16, 31.10.16, 1.11.16, 2.11.2016, *Fiji Sun* 27.10.16, 31.10.16, *Fiji Times* 29.10.16, Facebook)

## Premier auf Staatsbesuch in Neuseeland

Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama ist im Oktober zum ersten Mal seit zehn Jahren zu einem offiziellen Staatsbesuch in Neuseeland empfangen worden. Unter anderem traf er seinen neuseeländischen Amtskollegen John Key, den neuseeländischen Oppositionsführer Andrew Little und legte einen Kranz für gefallene fidschianische und neuseeländische Soldaten im Zweiten Weltkrieg vor dem *War Memorial* in Auckland nieder. Sowohl die fidschianische als auch die neuseeländische Regierung betonten, dass sie die Beziehungen zwischen den Staaten weiter verbessern wollten. Bainimarama bedankte sich insbesondere für die neuseeländische Hilfe nach den Zerstörungen durch den Zyklon „Winston“ zu Beginn dieses Jahres und sagte, die Zeit sei reif, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf eine neue Ebene zu heben. Gleichzeitig kritisierte er neuseeländische Medien dafür, dass sie die Spannungen zwischen den beiden Ländern aus seiner Sicht übertreiben würden.

Politische Spannungen hatten sich vor allem nach der militärischen Machtübernahme Bainimaramas im Jahr 2006 und des Suspendierung Fidschis aus der Regionalorganisation *Pacific Islands Forum* entwickelt. Fidschi hatte in den Folgejahren Australien und Neuseeland unangemessene Einmischung in die Politik der pazifischen Inselstaaten vorgeworfen, sich zunehmend China zugewandt und weigert sich weiterhin, in die Regionalorganisation zurückzukehren, solange Australien und Neuseeland sich nicht aus dieser zurückziehen. Nachdem Fidschi im Jahr 2014 demokratische Wahlen durchgeführt hatte, aus denen Bainimarama als Sieger hervorgegangen war, hatten sich die Beziehungen jedoch wieder zunehmend verbessert. Die Geschichte der angespannten jüngeren Beziehungen zwischen den Staaten wurde

jedoch auch während des Staatsbesuchs deutlich, als Key sagte, es handele sich um den ersten Staatsbesuch Bainimaramas seit seiner Wahl vor zwei Jahren, während Bainimarama darauf bestand, dass er auch vor 2014 bereits legitimer Premierminister seines Landes gewesen sei. Bainimarama hatte Neuseeland außerdem bereits kurz nach den demokratischen Wahlen in Fidschi im Jahr 2014 besucht, war damals jedoch nicht offiziell als Staatsgast empfangen worden.

Der aktuelle Besuch Bainimaramas kann als ein Meilenstein in der Wiederannäherung Neuseelands und Fidschis verstanden werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass beide Seiten sehr darum bemüht waren, Einigkeit zu demonstrieren. Key sagte mit Blick auf die Vergangenheit, es habe Probleme gegeben, aber man sei sich einig, nun nach vorne zu schauen. Es bereite stets viel mehr Freude, durch die „Frontscheibe“ nach vorne zu blicken, als durch das „Rückfenster“ zurückzuschauen. Bainimarama bezeichnete Key gar als „engsten Freund“. Dennoch wurde der Besuch auch von Streitfragen begleitet: Dabei ging es insbesondere um Kritik an der Verhaftung von Journalisten sowie die Aufhebung von Einreiseverboten für neuseeländische Journalisten in Fidschi. So hatte die fidschianische Regierung vor dem Staatsbesuch zwar Einreiseverbote für drei Journalisten aufgehoben, sowohl die fidschianische Opposition als auch Neuseeland forderten jedoch auch die Aufhebung weiterer Einreiseverbote, unter anderem für den bekannten in Fidschi geborenen und in Australien lebenden Historiker und Autor Brij Lal. Für Missmut in den neuseeländischen Medien sorgte auch die Weigerung Bainimaramas, nach einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Key Fragen anwesender Medienvertreter zu beantworten.

In einer Rede vor Geschäftsleuten warb Bainimarama hingegen für neuseeländische Investitionen

in Fidschi. Außerdem möchte Fidschi in Zukunft gerne mehr Lebensmittel nach Neuseeland exportieren. Zu diesem Zweck wurde Bainimarama vom fidschianischen Landwirtschaftsminister Inia Seru-i-ratu begleitet, der an einem Landwirtschaftsforum in Auckland teilnahm. Dort verkündete er unter anderem, dass Fidschi anstrebe, dass der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse zukünftig wieder bis zu 20 % des Bruttoinlandsprodukts ausmache. (Radio NZ Intern. 20.10.16, 21.10.16, 22.10.16, Fiji Sun 18.10.16, 21.10.16, 23.10.16, 24.10.16, New Zealand Herald 20.10.16)

## Oppositionsparteien erwägen Koalition gegen Regierungspartei

Die beiden Oppositionsparteien *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA), *National Federation Party* (NFP) und *Fiji Labour Party* (FLP) sollten nach Aussagen des FLP-Chefs und früheren Premierministers Mahendra Chaudhry die Bildung einer Koalition erwägen, um die regierende *Fiji First-Party* von Premierminister Voreqe Bainimarama bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2018 schlagen zu können. Demnach hätten Vertreter von SODELPA, die derzeit mit 15 Sitzen im Parlament vertreten ist, der mit drei Parlamentssitzen vertretenen NFP und der derzeit nicht im Parlament vertretenen traditionsreichen FLP Mitte Oktober die Möglichkeiten einer Koalitionsbildung sondiert. Laut *Fiji Times* soll auch der umstrittene frühere Militärführer, Putschführer von 1987 und spätere Premierminister Sitiveni Rabuka, der vor wenigen Monaten den Vorsitz von SODELPA übernommen hat (siehe letzte Ausgabe der *Pazifik aktuell*), eine Koalition nicht ausschließen.

Der NFP-Vorsitzende Biman Prasad hingegen äußerte sich zurückhaltender und sagte, die Diskussionen über eine mögliche Koalition seien in einem sehr frühen Stadium und vermutlich sei eine Koalitionsbildung aufgrund

zu großer inhaltlicher Unterschiede „technisch“ gar nicht möglich.

Premierminister Voreqe Bainimarama, dessen *Fiji First*-Partei derzeit 32 der insgesamt 50 Parlamentssitze hält, zeigte sich belustigt über die Berichte und sagte, eine Koalition könne angesichts der großen Differenzen zwischen den Oppositionsparteien nicht zu Stande kommen. Er warf der NFP außerdem vor, ebenso wie SODELPA einen zunehmend rassistischen Politikstil zu verfolgen. Dabei verwies er auf die Bemühungen der NFP, insbesondere die Stimmen von Zuckerrohrfarmern zu erhalten, einer traditionellerweise überwiegend indisch-stämmigen Bevölkerungsgruppe. SODELPA hingegen gilt vielen Beobachtern schon seit ihrer Gründung als Partei, die sich besonders für die Interessen der indigenen *i-Taukei*-Bevölkerung einsetzt. NFP-Chef Prasad wies die Kritik von Bainimarama als nicht nachvollziehbar und unlogisch zurück und warf ihm im Gegenzug vor, in seiner Argumentation zu ignorieren, dass mehr als ein Fünftel der Zuckerrohr-Farmer indigener Abstammung sei. (*Radio NZ Intern.* 25.10.16, 27.10.16, 29.10.16, *Fiji Times* 25.10.16, *Fiji Sun* 5.11.16, *Pacific Islands Report* 24.10.16, 26.10.16)

### **Fiji Times in mehreren Verfahren vor Gericht**

Die fidschianischen Gerichte befassen sich gerade in zwei Angelegenheiten mit der fidschianischen Tageszeitung *Fiji Times*. In einem Verfahren müssen sich Vertreter des Unternehmens *Fiji Times Limited*, darunter der Direktor Hank Arts, wegen des Vorwurfs der Verbreitung von gesellschaftlichem Zwiespalt verantworten, während das Unternehmen in einer anderen Angelegenheit selbst gegen die Vergabepraxis der Regierung für staatliche Werbeaufträge geklagt hat. In ersterem Verfahren geht es um einen Text, der in der auf Fidschianisch erscheinenden *i-Taukei*-Ausgabe *Nai Likai* des

Blattes erschienen ist. In diesem soll sich der Autor Josaia Waqabaca negativ über Mitglieder der muslimischen Gemeinde des Landes äußern. Waqabaca saß bereits ab dem Jahr 2000 für mehrere Jahre im Gefängnis, nachdem er in eine Verschwörung verwickelt gewesen sein, die das Ziel hatte, den damaligen Militärführer und heutigen Ministerpräsidenten Voreqe Bainimarama umzubringen. Sowohl der Autor als auch die verantwortlichen Redakteure und Herausgeber des Blattes bekannten sich in einer ersten Gerichtsverhandlung Ende Oktober als nicht schuldig. Sollten sie schuldig gesprochen werden, droht ihnen bis zu zehn Jahren Haft. Der Beginn der weiteren Verhandlungen wurde auf den 30. November vertagt. In dem anderen, weniger kontroversen Verfahren, hat *Fiji Times Unlimited* dagegen geklagt, dass die fidschianische Regierung sich nach einer öffentlichen Ausschreibung für die Tageszeitung *Fiji Sun* als Partner bei der Veröffentlichung öffentlicher Anzeigen und staatlicher Werbekampagnen entschieden hat. Aus Sicht der *Fiji Times* sei die *Fiji Sun* bei der Vergabe bevorteilt worden. Dieser Sichtweise hat sich der Oberste Gerichtshof bisher nicht angeschlossen und die Anträge des leer ausgegangenen Konkurrenten abgelehnt. Der fidschianische Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum begrüßte die Entscheidung, die, wie er sagte, deutlich mache, dass staatliche Stellen bei öffentlichen Ausschreibungen den besten Anbieter wählen dürften. (*Fiji Sun* 17.10.16, 29.10.16, *Fiji Times* 28.10.16, *Fiji Broadcasting Corporation* 17.10.16, *Radio NZ Intern.* 28.10.16, 29.10.16, *Pacific Islands Report* 16.10.16)

### **Einsatz für den Schutz bedrohter Meerestierarten**

Fidschi hat sich bei der jüngsten Konferenz des Washingtoner Artenschutzabkommens (*Convention of International Trade in Endangered Species*, CITES), welche vom 24. September bis zum 5. Oktober 2016 in der südafrikani-

schen Stadt Johannesburg stattgefunden hat, für den Schutz von Rochen und Haien starkgemacht. Fidschi konnte eine Resolution durchsetzen, mithilfe derer die besonders bedrohten Mobularochen auf die Liste zu schützender Tierarten gesetzt werden konnten. Gleichzeitig war Fidschi Unterzeichner zwei weiterer Anträge zum Schutz von Fuchshaien und Seidenhaien, welche von den Regierungen Sri Lankas und der Malediven eingebracht worden waren. Außerdem hatte Fidschi auch die Bemühungen der USA zur Aufnahme der sogenannten Gattung der Perlboote (auch *Nautilus* genannt), die zur Klasse der Kopffüßler und zu den ältesten noch lebenden Tierarten der Welt gehören, auf die Liste unterstützt.

Für sein Engagement wurde Fidschi ausdrücklich vom WWF gelobt, dessen Manager des weltweiten Haischutz-Programms, Ian Campbell, Fidschi als einen Vorreiter in der Pazifik-Region bezeichnete. Fidschi sei der erste pazifische Staat, dem es innerhalb der CITES gelungen sei, bedrohte Meerestierarten auf die Liste zu schützender Tierarten setzen zu lassen.

*Info:* Das 1975 in Kraft getretene Washingtoner Artenschutzabkommen regelt den Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten. So ist der Handel mit entsprechenden Tier- oder Pflanzenprodukten stark eingeschränkt. Außerdem gibt es Auflagen, die Bestände regelmäßig zu erfassen und zu kontrollieren. Unter anderem regelt das Abkommen auch den Handel mit Elfenbein. Dem Abkommen gehören heute 182 Staaten sowie die Europäische Union an. Unter den Staaten, die das Abkommen bisher nicht ratifiziert haben, befinden sich mit den Föderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, den Marshall-Inseln, Nauru, Timor-Leste, Tonga und Tuvalu überwiegend pazifische Inselstaaten. Der WWF und andere Umweltorganisationen hoffen, dass Fidschis Engagement auch seine Nachbarstaaten motiviert, dem

Artenschutzabkommen beizutreten. (*Radio NZ Intern. 01.11.16, WWF 26.10.16, Wikipedia*)

## VANUATU

### Dreitägige Messe

Erstmals fand Anfang November in Port Vila eine dreitägige Agrotourismus-Messe auf dem großen Festival bei Tagabe nahe des Flughafens statt. Bauern zeigten an 20 verschiedenen Ständen die Vielfalt des lokal angebauten Obst und Gemüses. Überall gab es kleine Kostproben. Besonders begehrt bei den Besuchern war der nur auf der Insel Tanna hergestellte Kaffee. Auch Kunsthandwerk wurde präsentiert.

Ziel der Veranstaltung war es, lokale landwirtschaftliche Produkte vorzustellen und die Hotellerie und das Gaststättengewerbe davon zu überzeugen, dass sie ihren Lebensmittelbedarf künftig regional decken. Außerdem ging es in verschiedenen Workshops um die Frage, wie das Konzept des „Urlaubs auf dem Bauernhof“ auch in Vanuatu umgesetzt werden kann.

Nach Angaben des Vize-Premiers und Handelsministers Joe Natuman besteht großer Nachholbedarf bei dem touristischen Angebot. Weltweit verzeichne man Zuwächse an Touristen, die möglichst authentisch auf Bauernhöfen Urlaub machen möchten und dabei auch biologisch angebaute und regionale Produkte essen möchten, erklärte Natuman. Das touristische Angebot des Urlaubes auf dem Bauernhof sei eine weitere gute Einnahmequelle für kleine Familienbetriebe, fügte der Vize-Premier hinzu. Zudem schaffe man so Anreize für die Bauern, Obst und Gemüse in hoher Qualität anzubauen und diese regionalen Produkte dann zu einem vernünftigen Preis an die großen Hotels zu verkaufen.

*Info:* Das 1. Agrotourism Festival fand vom 9. bis 11. November unter der Schirmherrschaft des Landwirtschaftsministeriums statt.

Gesponsert wurde die Messe u.a. von der *National Bank of Vanuatu* und von der *Reserve Bank of Vanuatu*. Die Veranstaltung trug das Motto „For a healthy, wealthy nation“. (*Vanuatu Daily Post 09.11.16, <https://www.sista.com.vu/last-day-of-vanuatus-first-agri-tourism-festival-2016/>*)

### Mota Lava-Abkommen

Nach mehrjährigen Verhandlungen haben die Premierminister von Vanuatu und den Salomonen, Charlot Salwai und Manasseh Sogavare, am 7. Oktober das *Mota Lava-Abkommen* zur Festlegung der maritimen Grenzen zwischen den beiden Staaten unterzeichnet. Über die Ländergrenzen auf hoher See war seit über 33 Jahren diskutiert worden. Entsprechend zum Unterzeichnungsort des „*Maritime Border Treaty*“ wurde das Abkommen nach der vanuatischen Insel Mota Lava benannt.

Grund für die lange Verzögerung des Grenzabkommens war die Schwierigkeit, die Exklusiven Ökonomischen Zonen (EEZ) der Staaten exakt zu definieren. Jeder Staat hat laut der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen das Recht, eine 200 Meilen-Zone rund um seine Küste als Hoheitsgewässer für sich zu beanspruchen. Im Falle dieser beiden melanesischen Staaten überschneiden sich die Zonen: Der östlichste Teil der Temotu Province (Salomonen) und der nordwestlichste Bereich der Torba Province von Vanuatu hatten eine Schnittmenge bei den EEZ. Die Lösung bestand jetzt in der Ziehung einer gedachten Grenzlinie im Ozean zwischen den beiden Staatsgebieten.

*Info:* Im gesamten Pazifischen Ozean gibt es 49 Fälle von geteilten Exklusiven Ökonomischen Zonen. In über 70 % dieser Fälle konnten sich die entsprechenden Staaten gütlich einigen und die Grenzen auf hoher See festlegen. Insgesamt gibt es 36 so genannte „*Maritime Boundary Agreements*“ im Pazifik. (*Ministry of Foreign Affairs, Solomon Islands 07.11.16, Pressemitteilung SPC 07.10.16*)

## Neue Anti-Korruptionsbehörde

Premierminister Charlot Salwai hat Mitte Oktober eine 18-köpfige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Korruption einberufen. Im neuen „Anti-Corruption Committee“ (ACC) sind verschiedene Minister, der Polizeipräsident, der Chef des Geheimdienstes sowie der Ombudsmann der Regierung. Auch die Zivilgesellschaft ist mit Mitarbeitenden großer Nichtregierungsorganisationen gut vertreten. So hat der Nationale Kirchenrat einen Vertreter in die ACC entsandt, desgleichen auch der Ältestenrat der Inseln („Council of Chiefs“) sowie die Industrie- und Handelskammer und die Vereinigung der Medienschaffenden.

Die ACC soll sich für eine transparente Regierungsführung einsetzen. Sie soll Fälle von Korruption aufdecken und die Übeltäter bestrafen. Außerdem soll sie Anreize für ein korruptionsfreies Verhalten schaffen. (*Vanuatu Daily Post 13.10.16*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Marine Le Pen wendet sich im Blog an die „Landsleute in Übersee“

Die Präsidentin der Partei *Front National* (FN), Marine Le Pen, hat in einem Brief am 24.11.2016 an die Übersee Franzosen, der auf ihrem Blog „*Carnets d'espérances*“ (Hefte der Hoffnung) veröffentlicht wurde, „*35 Jahre Kursführung auf Sichtweite, Flickwerk und Abhängigkeiten, welche die Gebiete demütigen*“, angeprangert.

Marine Le Pen, die in den nächsten Tagen nach La Réunion und Mayotte reisen wird, richtet in ihrem Brief einen besonderen Hochachtungs-, Anerkennungs-, Respekts- und Solidaritätsgruß an die Übersee Franzosen. „*Ein Gruß, der vielleicht etwas zu selten ist angesichts der Tatsache, dass ich nicht so häufig Gelegen-*

heit habe, mit Ihnen zu sprechen, wie ich es eigentlich wünschte“, gesteht sie ein und bezieht sich auf die Schwierigkeit, in die Überseegebiete zu reisen, insbesondere auf die Antillen, wo sie Gegenstand heftiger Demonstrationen ist.

Sie erwähnt die omnipräsente Arbeitslosigkeit in den Überseegebieten, „die unsere angeblichen Oberhäupter erschreckt in dem Maße, das ihr in den monatlich erscheinenden Statistiken ein besonderes Kapitel zugewiesen wird“. Die Arbeitslosigkeit führe zu einer Unsicherheit, die Guadeloupe zum Überseegebiet mit der höchsten Kriminalitätsrate gemacht hat. Le Pen beklagt die massive und unkontrollierte Einwanderung nach Guadeloupe.

Die Einwanderung, egal ob von Surinam, Haiti oder den Komoren, destabilisiere die Gesellschaft. „Das Bild erscheint dunkel. ... Ist es aber auch!“ sagte Le Pen. Es sei das Bild ohne Horizont und ohne Hoffnung. Le Pen verspricht mit den Slogans und Beschwörungen der UMPS (Neologismus, der die beiden großen französischen Volksparteien umschreibt), welche die Überseegebiete als Chance für Frankreich ansehen, ohne ihnen die (finanziellen) Mittel zur Verfügung zu stellen, aufzuräumen.

Le Pen führt mehrere Punkte in ihrem Programm für die Überseegebiete aus, die sie zu „Frontbasen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs in Schwelmländern und Ländern mit starkem wirtschaftlichen Wachstum“ machen möchte. Dafür möchte Le Pen „Zones ultramarines d'investissements prioritaires“ (vorrangige Investitionszonen in Übersee) sowie „établissements de formations aux métiers du tourisme, de la mer“ (Bildungseinrichtungen für Berufe in den Bereichen Tourismus und See) schaffen. Eine weitere Idee ist ein Marshallplan, der sich u.a. mit maritimen Kulturen, erneuerbaren Energien, „blauen“ Biotechnologien und mineralischen Ressourcen beschäftigt.

Die Zukunft des Überseegebietes Neukaledonien sieht Le Pen eindeutig bei Frankreich. In Neukaledonien wird bis 2018 ein Referendum über die politische Unabhängigkeit und damit die Gründung eines eigenen Staates organisiert. Le Pen hatte sich bereits 2012 in einem Interview für einen Verbleib Neukaledoniens beim französischen Mutterland ausgesprochen. Damals hatte sie das Referendum für illegal und diskriminierend erklärt, da ein Teil der neukaledonischen Einwohner nicht teilnehmen darf. [Anmerkung des Autors: Beim Referendum können nur jene Neukaledonier teilnehmen, die bis zum 31.12.2014 mindestens seit 20 Jahren in Neukaledonien leben, die 1998 bereits wahlberechtigt waren, die einen „customary“-Status haben oder die – wenn in Neukaledonien geboren – das Land als ihren Lebensmittelpunkt oder einen in Neukaledonien geborenen Elternteil haben; daneben jene, die vor dem 1.1.1989 geboren sind und 1988-1989 auch in Neukaledonien lebten und jene, die nach dem 1.1.1989 geboren sind, die aber einen 1998 wahlberechtigten Elternteil hatten].

Le Pen wollte den Status der französischen Überseegebiete neu verhandeln und kritisierte jene, die die Autonomie benutzen, um eine eventuelle Unabhängigkeit voranzutreiben. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Dr. Matthias Kowasch, Graz. Quellen: Calédonie 1ère, <http://la1ere.francetvinfo.fr> 25.11.2016, Interview mit Marine Le Pen im neukaledonischen Fernsehen, <https://www.youtube.com/watch?v=usldczxHhbU>, Zugriff am 27.11.2016)

## MIKRONESIEN

### Mehr Touristen

**Nördliche Marianen:** Erstmals seit 2005 haben die Tourismuszahlen für die Nördlichen Marianen die Grenze von 500.000 Besuchern überschritten. Etwas mehr als eine halbe Million Menschen besuchten in diesem Jahr Saipan, Tinian und Rota, wie die *Marianas Visitors Authority* bekanntgab. Im Vergleich zu 2015 konnten die Inseln einen Zu-

wachs in Höhe von 4,5 % verzeichnen. Das Gros der Touristen kam im zurückliegenden Jahr aus China: 206.538 Besucher reisten auf die Marianen. Ebenfalls über 200.000 Besucher kamen aus Korea. Dies liegt an den zahlreichen Direktverbindungen zwischen Seoul und den Marianen, die von den Fluggesellschaften *Jeju Air* und *Asiana Airlines* angeboten werden. Rund 5.000 Japaner besuchten ebenfalls die Inseln im nordwestlichen Pazifik. (*Marianas Visitors Authority* 21.10.16, *Radio NZ Intern.* 23.10.16)

### Comics in Chamorro

**Guam:** Mit einem Comic-Projekt haben drei Brüder („The Guam Bus“) den Versuch gestartet, die Chamorro-Sprache für Kinder und Jugendliche attraktiv zu halten und sie anzuregen, diese vom Aussterben bedrohte Sprache zu pflegen und weiter zu entwickeln. Michael, Jack und Jeremy Lujan Bevacqua veröffentlichten zwei Comics in Chamorro. In dem Comic „Sumahi and the Karabao“ geht es um ein kleines Mädchen, das sich in einem Dorf mit einem Wasserbüffel (Carabao) unterhält. Dieser erzählt dem Kind Mythen und Legenden der Chamorro, jedoch in stark verkürzter Comic-Sprache und mit modernem Vokabular.

Die Geschichte „Makahna“ handelt von der Schlacht zwischen zwei Magiern. Sie ist zweisprachig, Englisch und Chamorro, benutzt jedoch ebenfalls Vokabular aus der Jugendsprache. Farbig illustriert wurden die Comics von Cartoonisten.

Michael Bevacqua, einer der Gründerväter des Studiengangs *Chamorro Studies* an der Universität von Guam im Jahr 2013, erklärte, er und seine Brüder wollten wieder Interesse an der indigenen Sprache des Volkes der Chamorro wecken. Leider sei das Chamorro unter der jüngeren Generation stark mit einer altmodischen „Kirchen“-Sprache und der Sprache der Ältesten in der Gesellschaft assoziiert. Dies wolle

man mit den Comics ändern. Man habe hier bewusst eine jugendliche Slang-Sprache benutzt, um den Lesern aufzuzeigen, dass das Chamorro auch eine moderne zeitgemäße Sprache sein könne.

Michaels Bruder Jeremy, seines Zeichens Schriftsteller und Musiker, arbeitet derzeit an einem illustrierten Wörterbuch in Chamorro.

*Info:* Den Namen „Guam Bus“ gaben sich die drei Brüder aus persönlichen Gründen. Ihr Vater habe bei Familienausflügen immer nur mit „Guam Bus“ nach ihnen gerufen, und sie nicht beim Vornamen genannt. So seien sie auf den Namen ihrer Projektgruppe gekommen. (*Guam PDN News 13.10.16*)

## Kampf gegen Nachtbaumnatter

**Guam:** Die Braune Nachtbaumnatter könnte eines Tages ganz aus Guam verschwunden sein - so zumindest die Meinung von Diane Vice, der offiziellen Beauftragten des Agrarministeriums zur Bekämpfung dieser invasiven Spezies. Seit über 20 Jahren laufen auf Guam Bemühungen, der Plage Herr zu werden. Noch leben jedoch geschätzte zwei Millionen Exemplare dieser giftigen Schlange auf Guam, das damit die weltweit zweitstärkste Bevölkerungsdichte an braunen Nachtbaumattern aufweist.

Die Natter, eigentlich endemisch auf den Salomonen, kam im Zuge des Zweiten Weltkrieges mit Versorgungsschiffen nach Guam und breitete sich dort mangels Fressfeinden rasant aus. Die Eingriffe in das Ökosystem durch die Schlange sind immens. 10 der insgesamt nur 12 einheimischen Vogelarten auf Guam gelten bereits als vom Aussterben bedroht. Auch Eidechsen und Fledermäuse werden von den Schlangen gefressen. Die Schlangen sorgen für häufige Stromausfälle und Schäden in Elektrizitätswerken,

weil sie in Kontakt mit Leitungen kommen und für Kurzschlüsse sorgen. Auf 4,5 Millionen Dollar Sachschäden beziffert die Expertin Diane Vice den Schaden, den die Schlangen in den vergangenen sieben Jahren auf Guam angerichtet haben.

Zum Kampf gegen die nachtaktiven Schlangen haben sich verschiedene Organisationen zusammengeschlossen, u.a. das *National Wildlife Research Center* und das *Office of Insular Affairs*. Jährlich werden rund 10.000 Schlangen mit verschiedenen Methoden getötet. Momentan wird versucht, die Schlangen mittels aus Helikoptern abgeworfener toter Mäuse zu bekämpfen. Diese Köder werden zuvor mit Paracetamol versehen; der Wirkstoff ist für Schlangen bereits in geringen Dosen tödlich, und der Tod tritt weitgehend schmerzfrei ein. (*Pacific Daily News 22.10.16, Wikipedia*)

## Präsident wiedergewählt

**Palau:** Der palauische Präsident Tommy Remengesau Jr. konnte sich bei den Wahlen am 1. November gegen seinen Konkurrenten, seinen Schwager Senator Surangel Whipps Jr., mit (vermutlich) 5.109 zu 4.854 Stimmen durchsetzen und tritt damit seine vierte Amtszeit an. Noch nicht ausgezählt wurden die Stimmen der im Ausland lebenden wahlberechtigten Palauer, die per Briefwahl an der Wahl teilnehmen konnten. Wahlbeobachter gehen jedoch davon aus, dass Remengesau der Wahlsieg nicht mehr zu nehmen ist.

Die 15.890 Wahlberechtigten konnten auch ihre Stimme abgeben zur Wahl des Vize-Präsidenten. Hier gewann mit 5.196 Stimmen Arnold Oilouch gegen Yositaka Adachi (4.643 Stimmen). Außerdem konnten die Wähler über die Kandidaten für die neun Senatorensitze und die 16 Plätze im Abgeordnetenhaus abstimmen. Die nächsten Wahlen finden 2020 statt.

(<http://www.electionresults9.com/palau-election-results-2016/>, *Marianas Variety 10.11.16*)

## MARSHALL-INSELN

### Gesetzesänderungen

Mitte September hat Parlamentssprecher Kenneth Kedi vier Gesetzesänderungen unterzeichnet, die zuvor vom Parlament *Nitijela* verabschiedet worden waren.

Das Gesetz Nr. 16 regelt den Mindestlohn pro Arbeitsstunde. Dieser wurde von 2,- US-Dollar auf 2,50 \$ angehoben. Suksessive soll der Mindestlohn bis zum Jahr 2019 auf 4,- \$ ansteigen.

Das Gesetz Nr. 5 befasst sich mit Infrastrukturmaßnahmen. Neu ist, dass begonnene oder bereits geplante Maßnahmen nicht mehr gestoppt werden können, selbst wenn es zu einem Regierungswechsel kommt.

Mit den Änderungen zum Gesetz Nr. 9 wurde das Wahlrecht reformiert. So muss ein Kandidat ab sofort kein Elternteil mehr haben, das gebürtig von den Marshall-Inseln ist. Die Abstammung der Kandidaten ist nicht mehr relevant für die Wahl in das Parlament. Nominiert werden dürfen ab sofort aber nur noch Kandidaten, die von mindestens 25 Wahlberechtigten ihres Wahlkreises vorgeschlagen werden. Kandidatenvorschläge können ab sofort auch auf dem elektronischen Weg per E-Mail übermittelt werden und müssen nicht mehr nur in reiner Schriftform vorgelegt werden.

Mit den Änderungen zum Gesetz Nr. 26 wurde das Mindestalter für Heiraten bei Mädchen und Jungen von 16 auf 18 Jahre hochgesetzt. (*Marshall Islands Journal 16.09.16*)

## Mehr Ärzte für Majuro

Die Zahl taiwanesischer Ärzte am Krankenhaus von Majuro soll von derzeit sechs auf neun im Jahr 2017 erhöht werden. Das gab der Geschäftsführer des Shuang Ho Krankenhauses in Taiwan bekannt. Dr. Fei-Peng Lee, der für das 3.000-köpfige Personal dieses größten taiwanesischen Krankenhauses verantwortlich zeichnet, war Teilnehmer bei einer Konferenz im Konferenzzentrum von Majuro zum Thema „Nicht-übertragbare Krankheiten“.

Seit 2012 besteht der Ärzteaus-tausch zwischen dem Krankenhaus von Majuro und dem Krankenhaus in Taiwan. Ärzte der Marshall-Inseln absolvieren Praktika in Taiwan. Im Rahmen der Entwicklungshilfe sind jedes Jahr sechs Fachärzte aus Taiwan in Majuro tätig. Sie bilden einheimisches Personal aus und unterstützen die Professionalisierung des Gesundheitssektors. Die Zahl der ständig in Majuro arbeitenden Ärzte soll im nächsten Jahr auf neun erhöht werden. Dr. Lee begründete diesen Schritt mit der Zufriedenheit der taiwanesischen Ärzte auf den Marshall-Inseln. Die Ärzte und ihre Familien fühlten sich sehr wohl und profitierten von ihrem Auslandseinsatz, erklärte Dr. Lee. Mit seinem erstmaligen Besuch wollte der Leiter des Shuang Ho-Krankenhauses auch seine Wertschätzung gegenüber dem Majuro-Krankenhaus kundtun und sich vor Ort persönlich über den Einsatzort seiner Angestellten informieren. (*Marshall Islands Journal* 28.10.16)

## Neuer chinesischer Botschafter

Im Oktober hat der neue chinesische Botschafter für die Marshall-Inseln, Daniel D.W. Tang, sein Amt angetreten. Er wurde gemeinsam mit seiner Frau Stephanie im Kabinett empfangen und den Parlamentariern vorgestellt. Präsidentin Dr. Hilda Heine beglückwünschte Tang zu seinem

Amt und bedankte sich für die langjährigen guten Beziehungen der Marshall-Inseln zu China und Taiwan. Botschafter Tang sagte in seiner Antrittsrede, er wolle die Beziehungen beider Länder weiterhin stärken.

Daniel Tang war seit 2013 Botschafter in Busan (Korea), davor arbeitete er im chinesischen Außenministerium als stellvertretender Leiter der für Nichtregierungsorganisationen zuständigen Abteilung. (*Marshall Islands Journal* 07.10.16, [www.taiwanembassy.org/mh\\_en/index.html](http://www.taiwanembassy.org/mh_en/index.html))

## Japaner unterstützen mit Material

Der japanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Hideyuki Mitsuo-ka, hat dem Minister für Öffentliche Arbeiten, Tony Muller, ein Materialset zur Bekämpfung der Klimawandelfolgen überreicht. Das Material im Wert von 2,9 Millionen US-Dollar soll zwischen den Inseln Majuro und Ebey aufgeteilt werden. Dazu gehören u.a. zwei Gabelstapler, zwei kleine Bagger, mit Diesel betriebene Großlichtscheinwerfer, Zelte, Planen und Generatoren. Die Geräte sollen zur Bekämpfung der Klimawandelfolgen eingesetzt werden, etwa zum Bau von Deichen.

Botschafter Mitsuo-ka sagte bei der feierlichen Übergabe des Katastrophensets, die Folgen des Klimawandels betreffen Japan und die Marshall-Inseln gleichermaßen. Deshalb fühle sich die japanische Regierung in der Verpflichtung, verletzte Kleininsellstaaten im Pazifik für den Notfall auszurüsten. (*Marshall Islands Journal* 07.10.16)

## Ausbildung zum Barista

Die *University of the South Pacific - Marshall Islands Campus* bietet ab sofort eine zweiwöchige zertifizierte Ausbildung zum Barista an. Sie ist Teil der Fakultät für Hotellerie und Gastgewerbe an der Uni und soll Studierenden die

Möglichkeit bieten, sich nach Studienabschluss als Leiter eines Cafés oder Coffee Shops selbstständig zu machen. Für die kostenpflichtigen, teilnehmerbegrenzten Kurse muss man sich direkt bei der Uni bewerben.

*Info:* Ein Barista (ital.) ist die Tätigkeitsbezeichnung für eine Person, die in einem Café für die Zubereitung von Kaffeespezialitäten zuständig ist. (*Marshall Islands Journal* 16.09.16, <http://www.kaffee24.de/barista>)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Niue strebt UN-Mitgliedschaft an

**Niue:** Die seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag zu Neuseeland gehörige Koralleninsel Niue ist reif für die vollwertige Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen (UN). Das ist zumindest die Meinung des amtierenden Premierministers Toke Talagi. Niue verwaltet sich als parlamentarische Demokratie seit dem 19. Oktober 1974 selbst, steht aber in freier Assoziation mit Neuseeland. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag Mitte Oktober erklärte Talagi, nach 42-jähriger Fremdbestimmtheit sei es Zeit für sein Land, eine eigene Stimme bei den Vereinten Nationen zu bekommen. Bis dato wird Niue mit seinen ca. 1.200 Einwohnern bei den UN durch Neuseeland vertreten. (*Radio NZ Intern.* 26.10.16, *CIA World Factbook*)

#### Samoanische NGO ausgezeichnet

**Samoa:** Die samoanische Nichtregierungsorganisation *Samoa Victim Support Group* (SVSG) ist Anfang November in London (Großbritannien) als eine von 20

Organisationen weltweit mit dem „With and For Girls Award“ ausgezeichnet worden. Das Preisgeld beträgt 50.000 US-Dollar und kann ohne inhaltliche Vorgaben verwendet werden.

Die SVSG mit Sitz in Apia kümmert sich um Opfer von sexueller Gewalt. Die Organisation betreibt ein Frauenhaus für Frauen und Mädchen und klärt mit Workshops und Infoveranstaltungen über sexuelle Gewalt auf. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben 46 % aller Frauen in Samoa schon einmal sexuelle Gewalt in der Familie erlebt. Aus Scham schweigen die Frauen meist darüber.

SVSG wurde von einer Rechtsanwältin in privater Initiative gegründet. Sie ärgerte sich über den Mangel an Unterstützung für die überwiegend weiblichen Opfer von häuslicher Gewalt. In der NGO arbeiten Rechtsanwälte, Polizisten und Sozialpädagogen eng zusammen. Sie begleiten z. B. auch die Opfer von Gewalt zu Gerichtsprozessen oder kümmern sich um einen Platz im Frauenhaus. Nach eigenen Angaben hat die Organisation in den letzten Jahren bereits 25.000 Frauen und Mädchen geholfen. Ihr Credo lautet „We Support, We Help, We Care, We are Your Family“.

*Info:* Der Preis „With and For Girls“ wird von der britischen *Star Foundations* vergeben. Mit dem Preis werden Organisationen ausgezeichnet, die sich besonders um die Verbesserung der Lebens- und Bildungsbedingungen von Mädchen und Frauen verdient gemacht haben. Der Preis wird nach Kontinenten vergeben. In Europa wurden vier Organisationen ausgezeichnet, darunter in Deutschland der „Mädchentreff Bielefeld“. (Talamua 03.11.16, <http://www.starsfoundation.org.uk/blog/announcing-winners-2016-and-girls-awards>)

## Stärkung der Beziehungen

**Samoa:** Im Rahmen seines Antrittsbesuch beim samoanischen Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamasese Efi hat der neue pakistanische Botschafter Afrasiab M. Hashmi den Wunsch geäußert, die diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und Samoa zu stärken. Man habe bislang vor allem auf der Ebene der Vereinten Nationen zusammengearbeitet, wolle diese Zusammenarbeit aber nun auch auf andere Bereiche ausweiten, erklärte der Botschafter. Tamasese Efi äußerte sich wohlwollend gegenüber dem Ansinnen. Gemeinsam könnten Pakistan und Samoa auch die internationale Gemeinschaft bei der Bewahrung des Friedens in der Region unterstützen, erklärte das samoanische Staatsoberhaupt.

*Info:* Botschafter Afrasiab Hashmi steht seit 1984 in diplomatischen Diensten. Nach Stationen in USA, China, Indien und zuletzt von 2011 bis 2014 in Bangladesch wurde er zum 1. Juni 2016 zum pakistanischen Botschafter in Neuseeland ernannt und damit gleichzeitig zum so genannten nicht-residentiellen Botschafter für die Pazifikstaaten Samoa, Tonga und Kiribati. (Talamua 20.10.16, <https://mfat.govt.nz/en/countries-and-regions/south-asia/pakistan/high-commission-for-pakistan/>)

## Ausbau des Hafens

**Samoa:** Die Regierung von Japan unterstützt den Ausbau des Hafens in der samoanischen Hauptstadt Apia mit 33,3 Millionen US-Dollar. Nachdem der samoanische Premierminister Tuilaepa Malielegaoi und der japanische Botschafter für Samoa, Tuimaugaolai Kazumasa Shibuta, das Abkommen über die Entwicklungshilfe bereits im Dezember 2015 unterzeichnet hatten, fand jetzt Mitte Oktober der erste Spatenstich auf dem Hafengelände statt. Mit den Geldern sollen die Schiffswerft sowie die Ankerplätze renoviert und vergrößert werden. Außerdem sollen im Ha-

fen Aufenthalts- und Sanitarräume für Crewmitglieder erneuert werden.

Nach Angaben der Hafenmeisterei werden im Hafen von Apia ca. 97 % aller importierten Waren für die samoanischen Inseln umgeschlagen. Es handelt sich also um den wichtigsten Warenumschlagsplatz des polynesischen Staates. Botschafter Shibuta bezeichnete den Hafen als „Life Line“ für das samoanische Volk, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Kreuzfahrtpassagiere, die oft nur wenige Stunden Aufenthalt in Apia haben, aber durch ihre Einkäufe auf den lokalen Handwerkermärkten zum Einkommen vieler samoanischer Familien beitragen.

Damit künftig auch sehr große Kreuzfahrtschiffe in Apia anlegen können, sollen mit den japanischen Geldern auch die Anlegestellen auf eine Länge von 300 Metern vergrößert werden.

(Talamua 17.10.16)

## Chinesische Gelder

**Samoa:** Der samoanische Premierminister Sailele Malielegaoi und der chinesische Botschafter in Samoa, Wang Xuefeng, haben Mitte Oktober ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beider Staaten unterzeichnet. Mit 15,7 Millionen US-Dollar wollen die Chinesen diverse Infrastrukturmaßnahmen in Samoa unterstützen. Als erstes soll eine Polizeiakademie gebaut werden. Mit dieser neuen Ausbildungsstätte für künftige Polizisten soll die Ausbildungssituation auf den Inseln weiter verbessert werden. Es gelte, qualifiziertes Personal im eigenen Land auszubilden und es dann auch dort zu halten, hieß es seitens der Regierung.

Premier Malielegaoi bedankte sich für die langjährige Unterstützung durch die Volksrepublik China und bemerkte, dass Samoa bereits 1975 diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen habe. (Samoa Observer 13.10.16)



## Direktflüge nach China

**Samoa:** Die Regierungen von Samoa und China haben Ende Oktober ein *Air Service Agreement* (A.S.A.) geschlossen. Das Abkommen sieht die Aufnahme einer Direktflugverbindung zwischen Beijing und dem Flughafen in Faleolo (Upolu) vor. Unterzeichnet wurde es vom Minister für Arbeit, Verkehr und Infrastruktur, Papali'itele Niko Lee Hang, und dem chinesischen Botschafter in Samoa, Wang Xuefeng. Beide betonten bei der feierlichen Unterzeichnung, wie wichtig die geplante neue Direktflugverbindung für den Tourismussektor sei. Nun könne Samoa, das „Herz Polynesiens“ (Zitat Wang Xuefeng), mit noch mehr chinesischen Touristen rechnen, die das „Paradies“ besuchen wollen, erklärte der Botschafter enthusiastisch.

## Ausweitung des Meeresschutzgebietes

**Cook-Inseln:** Am Rande der 22. *Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention* vom 7. bis zum 18. November in Marrakesch (Marokko) hat Premierminister Henry Puna mitgeteilt, dass das Meeresschutzgebiet der Cook-Inseln auf die gesamte Exklusive Ökonomische Zone ausgeweitet werden soll. Bisher umfasst der *Cook Islands Marine Park* nur die südlichen Gebiete der Küstengewässer.

In Zusammenarbeit mit der internationalen Umweltschutzorganisation *Conservation International* will sich die Regierung der Cook-Inseln dem Programm „Conservation Equity“ anschließen. Dabei geht es darum, in Zusammenarbeit mit der Lokalbevölkerung und einheimischen Organisationen Gebiete unter Schutz zu stellen und sie nachhaltig zu bewirtschaften. Besondere Bedeutung kommt dabei den Ältesten in den Gemeinden zu. Sie sollen die Dorfgemeinschaften davon überzeugen, wie wichtig der Umwelt-

und Meeresschutz für zukünftige Generationen ist. Puna war deshalb auch von drei hochrangigen Ältesten nach Marrakesch begleitet worden. Die Delegation von den Cook-Inseln führte Gespräche mit Vertretern von *Conservation International* sowie auch mit (noch nicht bekannten) Investoren, mit Hilfe derer die Gelder für die Ausweitung der Meeresschutzzone namens *Marae Moana* aufgebracht werden sollen.

(Cook Islands News 14.11.16,  
<http://www.conservation.org/projects/Pages/marae-moana-cook-islands-marine-park.aspx>)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Lorenz Gonschor, Hawai'i.]

## Umstrittene Vollmitgliedschaft im *Pacific Islands Forum*

**Französische Pazifikgebiete:** Beim diesjährigen Gipfeltreffen des *Pacific Islands Forum* (PIF) Anfang September auf Pohnpei in den Föderierten Staaten von Mikronesien wurden die beiden größeren französischen Pazifikgebiete Neukaledonien und Französisch-Polynesien als Vollmitglieder in die Organisation aufgenommen, der sie seit 2004 als Beobachter und seit 2006 als assoziierte Mitglieder angehören. Am Status der anderen Nicht-Vollmitglieder, d.h. den Beobachtern Timor-Leste, Amerikanisch-Samoa, Guam, Nördliche Marianen und Wallis & Futuna und dem assoziierten Mitglied Tokelau wurde dagegen nichts verändert.

Die Präsidenten der beiden Gebiete, Edouard Fritch von Französisch-Polynesien und Philippe Germain von Neukaledonien (beide jeweils dem profranzösischen Lager in ihrem Land angehörig), die beide bei dem Gipfeltreffen anwesend waren, zeigten sich erfreut darüber, endlich als gleichberechtigte Mitglieder in der regionalen Organisation mitreden

zu können.

Vertreter der jeweiligen Opposition ließen dagegen an ihrer deutlichen Verärgerung über die Entscheidung keine Zweifel. Sowohl die neukaledonische *Sozialistische Nationale Kanakische Befreiungsfront* (FLNKS) als auch die Unabhängigkeitspartei *Tavini Huiraatira* hatten stets vor einer Vollmitgliedschaft der beiden Territorien gewarnt, bevor diese nicht von Frankreich unabhängig sind. Die verfrühte Vollmitgliedschaft ohne abgeschlossenen Entkolonisierungsprozess würde nur mehr diesen torpedieren und die Position der Inselstaaten, auf Frankreich Druck auszuüben, um die Entkolonisierung der beiden Territorien zu beschleunigen, schwächen.

Tatsächlich widerspricht die Aufnahme der beiden Gebiete klar den Statuten des Forums, die bestimmen, dass nur unabhängige oder vollständig sich selbst regierende Staaten (so wie Niue und die Cook-Inseln) Mitglieder des Forums werden dürfen. Nur teilweise sich selbst verwaltende Gebiete, wie die beiden hier in Frage kommenden, werden weiterhin in erheblichem Maße vom kolonialen „Mutterland“ beeinflusst. Das Forum war ja 1971 explizit mit dem Ziel gegründet worden, eine von den Inselstaaten beherrschte Organisation ohne Einflussmöglichkeiten der Kolonialmächte (vor allem Frankreichs) zu bilden.

Da in beiden Territorien Außenpolitik ein Kompetenzbereich Frankreichs - und nicht der jeweiligen Lokalregierung - ist, kann eine letztere im PIF schon rein rechtlich gar keine Entscheidungen treffen, ohne vorher von Paris dazu eine Erlaubnis erhalten zu haben. Beobachter und Analysten warnten deshalb davor, dass das Forum von Frankreich unterwandert werden könnte. Der Verdacht wurde gehegt, Australien und Neuseeland, deren politische Interessen sich immer mehr denen Frankreichs annähern, hätten auf die kleineren Inselstaaten Druck ausgeübt, um Frankreich

durch die Hintertür ins Forum zu holen, und sich damit für ihre neo-koloniale Regionalpolitik einen weiteren Verbündeten zu sichern. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass Fidschi sich nicht länger für die Agenda der beiden europäischen Siedlerstaaten einspannen lässt und seit mehreren Jahren versucht, kleinere Inselstaaten gegen die Dominanz letzterer aufzuwiegen.

*(Radio New Zealand, Overseas Territories Review, Tahiti-Infos, eigene Analyse)*

## Disney-Film „Moana“ wird auf tahitisch synchronisiert

Der Ende November in den Kinos angelaufene umstrittene Disney-Zeichentrickfilm „Moana“ (in den Ländern der Europäischen Union zu „Vaiana“ abgewandelt, weil die neuseeländische Sängerin Moana Maniapoto in der EU ein Patent auf den Namen Moana hält), der die Seefahrt der alten Polynesier sowie Aspekte polynesischer Mythologie thematisiert, soll im Laufe der nächsten Monate komplett in tahitischer Sprache synchronisiert werden und die tahitische Version im Frühjahr 2017 in die Kinos kommen. Die Firma Disney hatte sich darüber mit verschiedenen kulturellen Vereinigungen in Französisch-Polynesien verständigt.

Disney wolle mit dieser Geste (die aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Verlustgeschäft ist, da das Zielpublikum viel zu klein ist, um die Kosten für die Synchronisierung durch Kinoeinnahmen zu decken) einen Beitrag zur Erhaltung der unter der jüngeren Generation immer weniger gesprochenen polynesischen Sprache leisten, hieß es in einer Presseerklärung. Da der Film bereits von einer Reihe polynesischer Intellektueller als Vermarktung ihrer Kultur in verkitschter Form kritisiert wurde, soll mit dieser Maßnahme auch dem Eindruck entgegengewirkt werden, Disney ginge es allein um den Kommerz.

Was immer man von der Motivation der Firma Disney halten soll,

Tatsache ist, dass „Moana“ damit zum ersten längeren Spielfilm wird, der in tahitischer Sprache verfügbar ist, und damit auf jeden Fall ein positives Zeichen für die langfristig in ihrem Bestand bedrohte Sprache geleistet wird.

*Info:* Kinostart für „Vaiana“ in Deutschland ist der 22. Dezember. *(Entertainment Weekly, Tahiti-Infos)*

## HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Lorenz Gonschor, Hawai'i.]

### Erlass des US-Innenministeriums widerspricht Ergebnissen von Anhörungen

Ende September verkündete das US-Innenministerium einen Erlass, mit dem ein rechtlicher Prozess zur Anerkennung einer „indigenen hawaiischen Regierung“ durch die US-Bundesregierung geschaffen wird.

Seit Jahren versuchen bestimmte politische Kräfte in Washington und Honolulu, vor allem aus den Reihen der demokratischen Partei, eine Anerkennung der hawaiischen Ureinwohner als indigenes Volk der USA mit dem gleichem Status wie die Indianervölker Amerikas durchzusetzen. Die Passage eines entsprechenden Bundesgesetzes („Akaka Bill“, benannt nach einem der Senatoren Hawai'is) scheiterte 2010 nach mehreren Anläufen im Kongress. Infolgedessen wird nun versucht, das Ganze andersherum aufzuziehen, indem man eine „indigene hawaiische Regierung“ zunächst infolge eines entsprechenden Gesetzes des Bundesstaates bildet, und dann diese von Washington per Dekret anerkennen lässt.

Das Vorhaben war von Anfang an heftig umstritten und wird von vielen Hawaiiern als fauler Kompromiss abgelehnt, der nur dazu dienen soll, vom eigentlichen politischen Problem, der andauernden illegalen Okkupation Hawai'is durch die Vereinigten Staaten ab-

zulenken.

Im Sommer 2014 hatte die Mehrheit der politisch interessierten Hawaier dazu klar ihre Meinung geäußert, als bei öffentlichen Anhörungen des US-Innenministeriums Tausende erschienen waren und fast durchgängig den Washingtoner Bürokraten zu verstehen gaben, dass ohne Annexionsvertrag Hawai'i gar nicht zu den USA gehört, und daher der Vorschlag rundweg abzulehnen ist.

Diese massive öffentliche Ablehnung des Projekts wurde aber ganz offensichtlich ignoriert, denn statt dessen bezog sich das Innenministerium nur auf zahlreiche schriftliche Zeugnisse, die das Projekt befürworteten, wobei aber verschwiegen wurde, dass es sich dabei größtenteils um vorgedruckte Postkarten handelte, die Lobbyisten an Anhänger des Projekts verteilt hatten.

Das Ergebnis der US-Präsidentenwahl hat nun allerdings wohl das Vorhaben insgesamt hinfällig gemacht, denn es erscheint äußerst unwahrscheinlich, dass eine von Donald Trump geführte Bundesregierung ein entsprechendes Dekret erlässt. Die republikanische Partei ist seit Jahren geschlossen gegen den weiteren Ausbau jeder Art „indigener Rechte“ in den USA.

*(Honolulu Star Advertiser, The Hawai'i Independent, eigene Recherchen)*

## Wahlergebnisse

Im Zuge der amerikanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 8. November wurde auch in Hawai'i gewählt.

Unter den beiden Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt bekam Hillary Clinton 61,0 %, während Donald Trump mit nur 29,4 % in Hawai'i eines seiner schlechtesten Ergebnisse überhaupt erhielt. Alle vier Wahlmänner Hawai'is gingen somit an Clinton, wie dies bereits bei allen US-Präsidentenwahlen in der Vergangenheit der Fall gewesen war, in denen Hawai'i stets solide

für den jeweiligen demokratischen Kandidaten gestimmt hatte.

Neugewählt wurde auch einer der beiden Senatoren und beide Repräsentanten Hawaiis im US-Kongress. Der demokratische Senator Brian Schatz wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 70,1 % wiedergewählt. Ähnlich hohe Stimmzahlen verbuchten auch die Gewinner in den beiden Wahlkreisen für das Repräsentantenhaus, wobei im ersten Wahlkreis (Stadt Honolulu und Vororte) Colleen Hanabusa (Dem.) mit 60,5 % zur Nachfolgerin des vor kurzem im Amt verstorbenen Mark Takai gewählt wurde, während im zweiten Wahlkreis (ländliches O'ahu und die äußeren Inseln) Tulsi Gabbard (Dem.) mit rekordverdächtigen 76,2 % wiedergewählt wurde.

Auf Ebene des Bundesstaats standen mehrere Senatoren und alle Repräsentanten des lokalen Parlaments zur Neuwahl. Die meisten Amtsinhaber wurden wiedergewählt, wobei als eine wichtige Ausnahme der einzige republikanische Senator Sam Slom seinen Sitz knapp an den Demokraten Stanley Chang verlor. Damit sind jetzt alle 25 Staatssenatoren Demokraten. Auch im Staatrepräsentantenhaus konnten die Demokraten ihre Dreiviertelmehrheit noch weiter ausbauen und haben jetzt 45 statt bisher 44 von insgesamt 51 Sitzen.

Zur Wahl stand auch der Bürgermeister von Honolulu (die Gemeinde umfasst die gesamte Insel O'ahu), wobei sich der demokratische Amtsinhaber Kirk Caldwell mit 50,8 % knapp gegen den republikanischen Herausforderer Charles Djou durchsetzte. Als Bürgermeister der Insel Hawai'i hatte der Republikaner Harry Kim bereits in der ersten Wahlrunde im August knapp die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen, nachdem dort der demokratische Amtsinhaber Billy Kenoi nach einem Korruptionsskandal nicht wieder angetreten war.

Neugewählt wurden ebenfalls vier der neun Treuhänder des *Office of Hawaiian Affairs* (OHA), das sich um die Belange der hawaiischen Ureinwohner kümmern soll. Als Vertreter ganz Hawaiis wurde die langjährige Amtsinhaberin Haunani Apoliona, eine entschiedene Unterstützerin des im letzten Artikel diskutierten „Indianerstatus“ für die Ureinwohner, von ihrem Herausforderer Keli'i Akina geschlagen. Akina vertritt eine Gruppierung rechtsextremer Amerikaner, die jegliche Sonderrechte für Ureinwohner im Namen der angeblichen „*Gleichheit aller US-Bürger*“ abschaffen wollen, hatte aber für die Wahl eine ungewöhnliche Allianz mit Unabhängigkeitsbefürwortern gebildet. Amtsinhaber Bob Lindsey, der eine gemäßigte Position der Mitte vertritt, konnte sich dagegen als Vertreter der Insel Hawai'i gegen seine Herausforderin Mililani Trask durchsetzen. Auf Moloka'i hatte die „Indianerstatus“-Befürworterin Colette Machado bereits in der ersten Runde die Wiederwahl gewonnen, und als Vertreter der Insel Kaua'i wurde der die Unabhängigkeit befürwortende Dan Ahuna ohne Gegenkandidaten im Amt bestätigt.

Mit nur 58,3 % der registrierten Wähler (registriert sind wiederum nur etwa drei Viertel der theoretisch Wahlberechtigten) war die Wahlbeteiligung - wie für Hawai'i üblich - sehr gering. Viele der Nichtwähler tun dies aus üblicher Politikverdrossenheit, während eine nicht unerhebliche Zahl die Wahlen prinzipiell boykottiert, weil sie sich als hawaiische Staatsbürger identifizieren und das von den USA aufgezwungene System grundsätzlich ablehnen.

*(State of Hawai'i Office of Elections, eigene Recherchen)*

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Aufruf an Eltern zur Muttersprachlichkeit

Anlässlich der seit vier Jahren stattfindenden jährlichen *Tokelau Language Week* Ende Oktober hat der Pfarrer der christlichen Tokelau-Gemeinde von Wellington dazu aufgerufen, die *Gagana Tokelau* (die Sprache der Inseln) nicht nur einmal jährlich im Rahmen der Sprachwoche zu benutzen. Von den in Neuseeland lebenden Tokelauern spräche weniger als ein Drittel ihre Muttersprache zu Hause in der Familie, bemängelte Pfarrer Tui Sopoaga zum Auftakt der Sprachwoche. Grund dafür sei die Sorge vieler Eltern, ihren Kindern könnte die Zweisprachlichkeit schaden. Dem sei aber nicht so, sagte der Pfarrer bei der feierlichen Messe zu Beginn der Sprachwoche. Er forderte die Eltern auf, ganz bewusst im familiären Kontext das *Gagana* zu benutzen. Englisch würden die Kinder so oder so lernen, ob auf der Straße oder spätestens in der Schule. Aber es sei wichtig, die Muttersprache für die nachfolgende Generation zu bewahren, erklärte Sopoaga. Mit der Sprache ginge auch die Kultur der Tokelauer einher.

*Info:* In Neuseeland sind über 7.000 Menschen aus Tokelau gemeldet. Auf den insgesamt 12 Quadratkilometer großen Atollen Atafu, Nukunonu und Fakaofu im Herzen des pazifischen Ozeans (Tokelau-Inseln) leben nur noch rund 1.350 Tokelauer. Tokelau wurde bereits 1925 der Verwaltung von Neuseeland unterstellt. 1948 wurde Neuseeland endgültig die Landeshoheit übertragen und die Inseln wurden dem neuseeländischen Hoheitsgebiet zugeordnet. *(Radio NZ Intern. 25.10.16, CIA World Factbook)*

## Taranaki als Top-Reiseregion ausgezeichnet

Die Region Taranaki im Westen der Nordinsel von Neuseeland ist von dem Reiseführer „Lonely Planet“ zu einer von zehn Top-Reiseregionen der Welt erklärt worden. Im Ranking „Best in Travel 2016“ erhielt die Region rund um den Mount Taranaki den zweiten Platz. Abgestimmt hatten bei dem jährlichen Ranking die Autoren und Redakteure des bekannten Reiseführers. Ihre Einschätzung sorgte für eine Überraschung, denn nicht einmal 2 % aller Neuseelandtouristen besuchen die einsame Region im Westen der Nordinsel. Hier wird mit dem Slogan „A little bit out there“ für den Fremdenverkehr geworben. Abseits des aktiven Vulkans Mount Taranaki mit seinem schneebedeckten Gipfel hat sich in der Stadt Taranaki in den letzten Jahren eine lebhaftere Künstlerszene entwickelt. 200 Kilometer lange Kunstwanderwege wurden angelegt, das architektonisch auffällige „Len Lye Centre“ porträtiert den neuseeländischen Maler, Schriftsteller und Regisseur Len Lye und eine Reihe weiterer preisgekrönter Museen und Kunstgalerien warten auf Besucher.

*Info:* Der australische Verlag *Lonely Planet Publications* nimmt für sich in Anspruch, der weltweit größte Verlag für unabhängige Reise- und Sprachführer zu sein. Die Reiseführer des Unternehmens, die mittlerweile zu fast allen Ländern, Metropolen und Regionen erscheinen, sind besonders unter Rucksacktouristen weit verbreitet. Sie erscheinen in 14 verschiedenen Sprachen. Die Gesamtzahl der Titel liegt bei etwa 650, die Gesamtauflage bei etwa 55 Millionen. (*Wikipedia, Newsletter 360° Neuseeland 28.11.16, <http://www.stuff.co.nz/travel/destinations/nz/85691801/Lonely-Planet-names-Taranaki-one-of-the-worlds-best-regions-to-visit-in-2017>, <http://www.visit.taranaki.info/>*)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### UN-Ausschuss leitet Frühwarnverfahren ein

**Westpapua:** Der UN-Ausschuss zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung (*Committee on the Elimination of Racial Discrimination*, CERD) hat ein Frühwarnverfahren zur Menschenrechtssituation in Westpapua initiiert. Nichtregierungsorganisationen hatten die Mitglieder des Ausschusses während ihrer 90. Sitzung vom 2. bis zum 26. August 2016 auf die wachsende Zahl der Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten hingewiesen. Die Berichte der Zivilgesellschaft enthalten Beschreibungen von übermäßigem Einsatz von Gewalt, Verhaftungen, Tötungen, Folter, willkürlichen Festnahmen und starken Einschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gegenüber der indigenen Bevölkerung Westpapas.

Der Ausschuss erwähnte die fortlaufende *„Unterdrückung durch Sicherheitskräfte des Staates bei papuanischen Flaggenzeremonien und Demonstrationen“* sowie die Tötung von mehr als 22 Menschen durch Sicherheitskräfte seit April 2013. *„Im Mai 2014 wurden mutmaßlich mehr als 470 indigene Papuas in mehreren Städten Westpapas bei Demonstrationen gegen Raubbau und Aktivitäten in den Großplantagen verhaftet. Solche Verhaftungen und haben Berichten zufolge seit Anfang 2016 zugenommen und zwischen April und Juni 2016 eine Zahl von 4000 erreicht. Zu den Verhafteten gehörten auch Menschenrechtsaktivisten und Journalisten,“* heißt es weiter.

Des Weiteren bezieht sich der CERD auf die *„Politik der Bevorzugung nicht-indigener Menschen aus anderen Teilen Indonesiens, die nach Westpapua migrieren“*

der indonesischen Regierung, was zu einer *„Verschlechterung des Anteils indigener Papuas in der Bevölkerung im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung“* führt. In Westpapua herrsche der schlechteste Bildungsstandard des Landes vor, was zu sehr niedrigen Alphabetisierungsquoten führe. In einigen abgelegenen Gebieten sei diese nicht höher als 20 %. (*Westpapua-Netzwerk online*)

### Gewalt gegen Frauen

**Westpapua:** In den letzten 50 Jahren ist die Zahl von Gewalttaten gegen Frauen in Westpapua gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt das papuanische Komitee zur Eliminierung der Diskriminierung (*Solidarity of Papuan Women Human Rights Defenders*) gegen Frauen. Am häufigsten kämen Fälle häuslicher Gewalt vor, gefolgt von Tötungen und willkürlichen Verhaftungen durch Sicherheitskräfte.

Papuanische Frauen seien zudem vergleichsweise häufig Opfer interner Vertreibungen und sexueller Belästigung. Eine der Autorinnen, Anike Mirino, sagte bei der Vorstellung des Berichts, dass Frauen in Westpapua schlechten Zugang zu rechtlicher Beratung und zum Gesundheitswesen haben und forderte sowohl die örtliche als auf die Zentralregierung auf, sich für die Rechte der Frauen stark zu machen.

(*Westpapua-Netzwerk online, <http://tabloidjubi.com/eng/jakartas-human-rights-investigation-team-accused-of-political-interests/>*)

## AUSTRALIEN

### Flüchtlinge sollen in die USA ausreisen

Nach Angaben des australischen Premierministers Malcolm Turnbull sollen einige Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern auf Manus (Papua-Neuguinea) und Nauru demnächst in die USA fliegen und

dort als Flüchtlinge aufgenommen werden. Auf diese Lösung habe man sich geeinigt, nachdem der Oberste Gerichtshof von Papua-Neuguinea den Betrieb des Flüchtlingslagers auf Manus für gesetzeswidrig erklärt hatte und Australien aufgefordert hatte, das Lager sofort zu schließen. Turnbull sagte auf einer Pressekonferenz Mitte November in Canberra, die USA hätten auf Bitten der australischen Regierung und mit Unterstützung des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen angeboten, die Asylsuchenden aufzunehmen. Derzeit leben rund 900 Menschen auf Manus und 400 Menschen in dem Camp auf Nauru. Weitere 400 Personen sind bereits aus dem Flüchtlingslager Nauru entlassen und leben außerhalb des Camps in Dörfern und in der Hauptstadt Yaren.

Für die Verlegung der Flüchtlinge aus den Camps nach Amerika gibt es noch keinen Zeitplan. Zunächst sollen wohl kranke Flüchtlinge sowie Familien mit kleinen Kindern nach Amerika ausreisen. Dabei soll es sich um rund 370 Menschen (inklusive 40 Kinder) handeln, die sich derzeit im Krankenstand auf dem australischen Festland befinden.

Der amerikanische Außenminister John Kerry bestätigte das Abkommen über die Verlegung der Asylsuchenden, schränkte die Zusage aber nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ein. Man könne Trumps Reaktion nicht vorhersagen, erklärte Kerry. Andererseits habe man das Abkommen mit Australien über Monate hinweg geplant und schon die nötigen logistischen Schritte eingeleitet. Er könne sich nicht vorstellen, dass das Abkommen unter Trump gekippt werde.

Zwischenzeitlich hat Papua-Neuguinea angekündigt, gemäß des Gerichtsurteils das Lager auf Manus zu schließen. Naurus Lager wird jedoch weiterhin bestehen, sagte der australische Einwanderungsminister Peter Dutton. Man werde den Flüchtlingen,

die sich weigerten in die USA zu reisen bzw. in ihr Heimatland zurückzukehren, ein 20-jähriges Bleiberecht auf Nauru gewähren, erklärte er. Regierungsgelder sollten diese Menschen dann aber nicht bekommen, sagte der Minister weiter. (*Radio NZ intern. 14.11.16, 15.11.16*)

### Schulbau finanziert

Die australische Regierung hat dem Staat Nauru den Neubau einer Grundschule für 400 Schulkinder finanziert. In dem zweistöckigen Neubau befinden sich acht Klassenzimmer.

Die australische Bildungsministerin Charmaine Scotty sagte, der Neubau sei nötig geworden, weil sehr viele Kinder aus dem australischen Flüchtlingslager auf Nauru im schulpflichtigen Alter sind und ihnen die Möglichkeit zum Schulbesuch auch während des Lageraufenthaltes gegeben werden soll. (*Radio NZ Intern. 08.11.16*)

### Gefrorene Brotfrucht als Exportschlager

Eine Lieferung gefrorener samoanischer Brotfrucht und Taro-Knollen nach Sydney hat sich als wahrer Exportschlager erwiesen. Der samoanische Geschäftsmann Su'a Tanielu Su'a hat in einer Art Versuchsballon 10.000 Kilo gefrorener Brotfrucht nach Sydney exportiert und sie dort in einem Supermarkt zum Verkauf angeboten. Die Tiefkühlprodukte mit dem Markennamen „Talofa“ (Hallo, Guten Tag in samoanisch) wurden dem verkaufenden Supermarkt buchstäblich aus den Händen gerissen. Innerhalb weniger Stunden war die Lieferung komplett ausverkauft, verkündete Su'a sichtlich stolz auf seine Geschäftsidee. Er habe für die nächste Lieferung bereits zwei Container bestellt und könne so 20.000 Kilo gefrorener Taro und Brotfrucht nach Australien liefern. Mit der *Scientific Research Organisation of Samoa* stünde er ebenfalls in Verhandlungen, wie

man den Export gefrorener Taro weiter steigern und dabei die hohen Qualitätsstandards an die Knollenfrüchte halten könne, berichtete der findige Geschäftsmann. Auch die Vereinigung der samoanischen Bauern (*Samoa Tradition Farmers and Growers*) sei in das Projekt mit eingebunden. Er habe den Landwirten jeweils 1 US-Dollar pro Brotfrucht gezahlt, sagte Su'a. So hätten sich den kleinbäuerlichen Betrieben in Samoa neue Einnahmequellen erschlossen. Die Käufer in Australien, überwiegend dort lebende Samoaner und weitere Pazifikinsulaner, würden die Regionalität der Tiefkühlprodukte schätzen, vermittelten sie doch auch ein Stück Heimat, erklärte Su'a sich den großen Erfolg.

Der samoanische Agrarminister Laaulialemalietoa Leuatea Schmidt, der eigens zum Erstverkauf nach Sydney gereist war, beglückwünschte Su'a für seine Geschäftsidee. Diese habe den Bauern neue Einnahmequellen erschlossen und werde somit das Bruttoinlandsprodukt steigern. Langfristiges Ziel könnte der Export der gefrorenen Taro und Brotfrüchte auch nach Brisbane und Melbourne sein, wo ebenfalls viele Samoaner leben. (*Samoa Observer 14.10.16*)

### Internat. Unterstützung für Wiederherstellung der Demokratie wächst

**Norfolkinsel:** Die Einwohner der Norfolkinsel, die sich mehrheitlich seit zwei Jahren gegen die willkürliche Abschaffung ihrer autonomen Landesregierung durch Australien wehren, erhalten immer mehr Unterstützung, die allerdings nicht immer unumstritten ist.

Mitte 2015 hatte das australische Parlament ein Gesetz beschlossen, nach dem das seit 1979 autonome australische Überseegebiet künftig direkt von Canberra aus verwaltet und dessen Einwohner nur noch minimale Rechte demokratischer Mitbestimmung haben werden, obwohl die große

Mehrheit der Einwohner zuvor solche Maßnahmen in einem Referendum abgelehnt hatte. Dieses antidemokratische und neokoloniale Vorgehen Australiens stieß unter den polynesischen Einwohnern der Insel (Nachkommen britischer Seeleute und tahitischer Frauen) auf große Empörung, die aber bislang weder in Australien noch im Rest der Welt allzu viel Gehör gefunden hatte.

In Großbritannien, das sich im Zuge des Brexit wieder vermehrt dem Commonwealth und seinen ehemaligen Kolonien zuwendet, stießen die Proteste der Norfolk-Insulaner allerdings durchaus auf Interesse, zumal sie glaubhaft machen konnten, dass das Vereinigte Königreich als ehemalige Kolonialmacht (bevor die Insel 1914 an Australien weitergereicht wurde) eine historische Verantwortung für Norfolk trägt. Ende August reiste deshalb eine Delegation von drei Abgeordneten des britischen Unterhauses (zwei Tories, eine von der Labour Party) auf Einladung des Ältestenrats der Insel nach Norfolk, um sich vor Ort ein Bild über die Situation zu machen. Alle drei Abgeordneten waren sich einig, dass die neokolonialen „Reformen“ Australiens von den Inselbewohnern nicht gewollt sind und rückgängig gemacht werden sollten. Sie kündigten an, die britische Regierung aufzufordern, entsprechend auf ihre australischen Kollegen Einfluss zu nehmen.

Mitte Oktober schließlich erhielten die Norfolk-Insulaner Unterstützung aus einer ganz unerwarteten Richtung, nämlich von der australischen Rechtspopulistin Pauline Hanson. Hanson, die bislang mit ihrer ausländerfeindlichen und gegen Sonderrechte für Aborigines gerichteten Haltung unter Aktivisten für Menschenrechte nicht gerade beliebt war, reiste nach Norfolk und suchte mit allen Insulanern das Gespräch, um sich über deren Sorgen und Nöte aus erster Hand zu informieren. Zurück in Australien setzte sie sich mit großer Leidenschaft für die Belange der Norfolkinsel ein und forderte unter

anderem im australischen Parlament die Abberufung des wegen seiner Arroganz auf der Insel extrem unbeliebten Administrators Gary Hardgrave, dem es obliegt, die „Reformen“ zu implementieren. Da Hansons Partei im australischen Bundestparlament nur vier Senatoren stellt, hat sie wenige Möglichkeiten, direkt auf die Regierung einzuwirken. Aber auf jeden Fall wird Hansons positive Haltung in dieser Frage dazu beitragen, das skandalöse neokoloniale Verhalten der Regierung auf Norfolk in der australischen Öffentlichkeit bekannter zu machen.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Hawai'i.  
Quellen: *The Norfolk Islander*, *The Guardian*, eigene Recherchen)

## SPORT

### FIFA U-20-Frauen-Weltmeisterschaft

Vor über 12.000 Zuschauern im *Sir John Guise Stadium* von Port Moresby (Papua-Neuguinea) wurde am Sonntag, 13. November, zum Auftakt der „U-20-Frauen-Weltmeisterschaft Papua-Neuguinea 2016“ eine große Eröffnungsfeier abgehalten. Rund 300 Tänzer, Schulkinder und Trommler verzauberten die Fans im Stadion vor dem Spiel des Gastgebers gegen die Mannschaft aus Brasilien mit Tanz, Musik und Gesang. Unter anderem formten die Darsteller ein Lakatoi, ein traditionelles Auslegerboot aus Papua-Neuguinea, einen Fußball sowie die Flaggen aller 16 teilnehmenden Nationen.

PNG ist neben Neuseeland das einzige Land in der Region Ozeanien, das bisher jemals Gastgeber einer Frauen-Weltmeisterschaft war. Nachdem die deutsche U-20 Nationalmannschaft bereits im Viertelfinale gegen Frankreich ausgeschieden ist, stehen sich nun am 3. Dezember im National Football Stadion in Port Moresby im Finale Nordkorea und Frankreich gegenüber.

Der neuguineische Premierminister Peter O'Neill wünschte allen Teilnehmerinnen viel Erfolg und sagte dazu: „*In einer Welt voller Zweifel und Unsicherheit stellt der Sport die große Einheit her.*“

(Artikel von Daniel Bergmann. *The National* 15.11.16, (FIFA 13.11.16))

### Für Preise nominiert

Die fidschianische Rugby-Nationalmannschaft ist nach ihrer Goldmedaille im Rugby Seven bei den Olympischen Spielen in Rio des Janeiro (Brasilien) nun nominiert für den Preis als „*Team of the Year*“. Direkte Konkurrenten um die begehrte Auszeichnung des Weltrugbyverbandes sind die neuseeländische Rugbynationalmannschaft All Blacks sowie das englische Nationalteam.

Als „*Rugbytrainer des Jahres*“ ist der englische Trainer der fidschianischen Rugbymannschaft nominiert, Ben Ryan. Er war nach dem Erfolg bei den Olympischen Spielen bereits in Fidschi mit dem *Companion of the Order of Fiji*, der höchsten staatlichen Auszeichnung, geehrt worden. Außerdem hatte man ihm den Häuptlingstitel Ratu Peni Raiyani Latianara zugesprochen sowie ihm drei Hektar Land geschenkt. Auf der Nominierungsliste für den „*besten Spieler des Jahres*“ steht ebenfalls ein Fidschianer: Osea Kolinisau, der Kapitän der Rugbynationalmannschaft. (*Radio NZ Intern*. 01.11.16)

### Samoanerin bei der FIFA

Sarai Bareman ist die erste Frau und die erste Pazifik-Insulanerin in einem hochrangigen Amt beim Weltfußballverband FIFA. Mitte Oktober wurde die in Samoa geborene Neuseeländerin zur Frauenfußballdirektorin der FIFA gewählt und damit zur Verantwortlichen für die neu geschaffene Abteilung für Frauenfußball bei der FIFA. Damit gehört erstmals eine Frau zur FIFA-Geschäftsleitung.

Die ehemalige samoanische Fußball-Nationalspielerin Bareman war auch die einzige Frau in der Reformkommission der FIFA. Dort trat sie vehement für Reformen innerhalb der Organisation ein. Sie forderte insbesondere konkrete Frauenquoten auf FIFA-Führungsebene, die beim außerordentlichen FIFA-Kongress im Februar 2016 schließlich einstimmig gutgeheißen wurden.

Sarai Bareman hat über zehn Jahre im Banken- und Finanzsektor in Neuseeland gearbeitet, bevor sie von 2011 bis 2014 den Posten als Geschäftsführerin des Samoanischen Fußballverbandes übernahm. Seit 2014 war sie stellvertretende Generalsekretärin bei der Ozeanischen Fußballföderation.

Ihre Aufgabe, den Frauenfußball und die Frauen im Fußball getreu dem Ziel der FIFA weiter zu fördern und zu unterstützen, hat sie am 14. November übernommen.

(*Samoa Observer* 13.10.16,  
<http://www.fifa.com/womens-football>)

## Samoanerin besteigt Mount Everest

Die gebürtige Samoanerin (jetzt: Melbourne) Rosita Afele hat als erste Samoanerin am 25. Oktober den Aufstieg zum Gipfel des Mount Everest geschafft. Die 44-jährige Tochter von Fuimaono Savili Afele und Tima Afele aus Lefagaoali'i hatte vor etwas über einem Jahr den spontanen Beschluss gefasst, den höchsten Berg (8.848 m) der Erde in Nepal zu besteigen. Den Aufstieg bewältigte sie in mehreren Etappen mit jeweils mehrtägigen Aufenthalten im Basislager. Von dort aus bloggte sie im Internet über ihre Erfahrungen während des Aufstiegs. Besonders litt Afele an der Kälte, dem schneidenden Wind und dem mangelnden Sauerstoff in großer Höhe.

Da Afele keine wettertaugliche Fahne aus Samoa fand, die sie auf dem Gipfel zu den anderen Länderflaggen stellen konnte, ließ sie ihre Mütze mit dem samoani-

schen Wappen darauf am Gipfel zurück als Zeichen dafür, dass nun auch eine Samoanerin auf dem Mount Everest war.

(*Samoa Observer* 03.11.16,  
<http://www.niufm.com/whats-fresh/samoan-woman-beats-everest>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Silber für „Te Mana o Te Moana“

**New York:** Die Dokumentation „Te Mana o Te Moana - The Pacific Voyagers“ hat bei den *New York Film and Television Awards* eine Silbermedaille bekommen. Anna Marbrook, eine der Regisseurinnen der Doku, nahm die Auszeichnung in der neuartigen Kategorie „Climate Change and Sustainability“ bei einer Gala in Las Vegas (Nevada) entgegen. Gemeinsam mit Mike Single zeichnet sie verantwortlich für die Doku, die von der Firma *Zoomslide* in Zusammenarbeit mit *Oceanic Nature Film Productions* produziert wurde.

Die Dokumentation zeigt die Querung des Pazifischen Ozeans in sieben traditionellen Reise-Auslegerbooten („Wakas“) ohne technische Unterstützung und ohne die Nutzung fossiler Treibstoffe.

Das ambitionierte Projekt zur Wiederbelebung traditioneller Bootsbau- und Navigationskenntnisse der Polynesier war von dem deutschen Geschäftsmann Dieter Paulmann ins Leben gerufen worden. Seine Stiftung *Okeanos* hatte sich bereits Anfang 2000 mit verschiedenen Vereinen im Pazifik zusammengetan, die die traditionellen Kenntnisse in Navigation anhand von Sternen, Wind und Wellen sowie den Bau von Booten für nachfolgende Generationen bewahren wollen. In der Zusammenarbeit mit pazifischen Meister-Navigatoren entstand die Idee, mit sieben selbstgebauten Wakas den Pazifik zu durchqueren. Durch den Verzicht auf die

Nutzung moderner Technologien und fossiler Treibstoffe wollten die Organisatoren einerseits auf die Bedeutung traditioneller Kenntnisse der Pazifikinsulaner hinweisen, andererseits aber auch auf die Gefahren durch die Folgen des Klimawandels für die Inseln des Pazifischen Ozeans aufmerksam machen.

Von Neuseeland aus segelten die Boote unter Nutzung von Wind- und Sonnenenergie zunächst bis Hawai'i und von dort aus weiter bis zur amerikanischen Westküste, wo sie unter der Golden Gate Bridge von San Francisco anlegten, um dann über Tahiti, die Cook-Inseln, Samoa, Fidschi und Vanuatu bis hin zu den Salomonen zu segeln, wo sie zeitgleich zum *Festival of Pacific Arts* im August 2012 ankamen.

Die rund 210.00 Seemeilen wurden in wechselnden Teams absolviert, insgesamt waren 150 Crewmitglieder aus verschiedenen pazifischen Staaten an dem Erfolg beteiligt.

Aus dem umfangreichen Filmmaterial entstand 2015 die dreiteilige Fernsehserie für das neuseeländische „Maori Television“ und im letzten Jahr die nun preisgekrönte 95-minütige Dokumentation „The Pacific Voyagers“.

*Info:* „Te Mana O Te Moana“ heißt auf Deutsch: Der Geist des tiefen, blauen Meeres. Auszüge dieser Doku finden sich auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com).

(<http://okeanos-foundation.org/foundation/>,  
<http://www.newyorkfestivals.com/winners/2016/>)

## Schiff nach Navigator benannt

**Guam:** Die US-amerikanische Reederei *Matson* hat anlässlich ihres 20-jährigen Firmenjubiläums im Pazifik ein Containerschiff nach einem der bekanntesten mikronesischen Navigatoren benannt. Bei der Schiffstaufe im Hafen von Guam erhielt das Schiff den Namen „Papa Mau“ - so der

Spitzname von Pius Pailug, dem 2010 im Alter von 78 Jahren verstorbenen Master-Navigator aus Satawal (Bundesstaat Yap). Im Beisein von Familien- und Clanangehörigen aus ganz Mikronesien wurde das Schiff von Angestellten der Reederei in den Dienst gestellt. Bernadette Valencia, die Geschäftsführerin des mikronesischen Zweigs der Firma Matson, erklärte, so wie „Papa Mau“ seine Navigationskenntnisse an viele Navigatoren auf den Inseln weitergegeben habe, werde das Schiff ebenfalls viele Inseln im Pazifik anlaufen. Der Taufe waren umfangreiche Recherchen und Planungen vorausgegangen. Valencia hatte den zweitältesten Sohn von Pius Pailug (Vater von 18 Kindern, darunter 16 Söhne) um Erlaubnis nachgesucht, das Containerschiff nach dem Navigator zu benennen. Da jedoch in der mikronesischen Kultur Dinge nicht mehr nach Verstorbenen benannt werden dürfen bzw. der Name des Verstorbenen nicht mehr ausgesprochen werden darf, hatte die Familie der Namensgebung nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass das Schiff den Spitznamen des Meister-Navigators trägt.

An der feierlichen Zeremonie nahm auch Nainoa Thompson teil, der Präsident der *Polynesian Voyaging Society*. Der Hawaianaer war Crewmitglied auf der legendären 34-tägigen Fahrt des Reise-Auslegerbootes „Hokule‘a“ im Jahr 1976 unter Leitung von Papa Mau. Dieser hatte das traditionell erbaute Doppelrumpfkano damals nur mit Hilfe der Sterne und der Wind- und Wellenbewegungen von Hawai‘i nach Tahiti gesteuert.

Vor seinem Tod hatte Papa Mau seine Kenntnisse an fünf Navigatoren weitergegeben, die er persönlich in den Rang eines „Meister-Navigators“ erhoben hatte. Thompson ist einer dieser fünf Navigatoren als Erbe von Pailug. Bei der Schiffstaufe sagte er sichtlich ergriffen, der Name des Schiffes ehre das Erbe von Pailug und alles, was er für die Navi-

gationskunst im Pazifik getan habe.

Für seine Bemühungen um die Bewahrung der polynesischen Navigationskunst war Pailug 1987 mit dem Ehrendoktor der *University of Hawai‘i* ausgezeichnet worden.

*Info:* Das Containerschiff „Papa Mau“ hat eine Kapazität von 884 Containern. Es wird auf der Route zwischen den Marshall-Inseln, Kosrae, Busan (Korea), Saipan und Guam eingesetzt.

(<http://www.poughkeepsiejournal.com/story/news/2016/09/16/ship-renamed-master-navigator-papa-mau/90458284/>, [www.matson.com](http://www.matson.com), *Pacific Islands Report* 19.09.16)

### Letzter Ford vom Band gelaufen

**Australien:** Der amerikanische Automobilbauer Ford hat am 7. Oktober 2016 die Produktion von Personenkraftwagen am Produktionsstandort Broadmeadows (Bundesstaat Victoria) eingestellt. Mit der Fahrzeugnummer 4.356.228 lief der letzte „Falcon XR 6“ der *Ford Motor Company of Australia* vom Band. Damit endete die 91-jährige Geschichte des Autobauers in Australien. Die Stückzahlen seien zu niedrig und die Kosten für die Produktion zu hoch, hieß es seitens des Ford-Managements.

Für das nächste Jahr plant die General-Motors-Tochter *Holden* ebenfalls das Ende ihrer Produktion. Auch der japanische Autohersteller Toyota hat angekündigt, bald keine Autos in Australien mehr bauen zu lassen.

(<http://www.ford.com.au/>, *Wikipedia*, *Australien Info Newsletter* 08.10.16)

### „Friedhofsinsel“ geplant

**Marshall-Inseln:** Das Parlament der Marshall-Inseln (*Nitijela*) hat in seiner Herbstsitzung beschlossen, die unbewohnte Insel Enemmat nahe des Kwajalein-Atolls zukünftig als Friedhofsinsel zu nutzen. Die sterblichen Überreste sollen mit einem eigens dafür

umgebauten Schiff von Kwajalein nach Enemmat gebracht werden. Mit dem gleichen Schiff können die Angehörigen zur Trauerfeier pendeln.

Grund für die Entscheidung ist die Platznot auf den Friedhöfen von Majuro und Ebeye. Auf Ebeye mussten in den letzten Jahren die Menschen bereits dreistöckig begraben werden, d.h. es wurden drei Leichname in einem Grab aufeinander gebettet. Die dicht besiedelten Atolle sind so klein, dass die Friedhöfe nicht erweitert werden können.

Auf ähnliche Lösungen sind bereits andere Städte verfallen. So befindet sich der Friedhof der italienischen Stadt Venedig ebenfalls auf einer Insel in der Lagune zwischen Venedig und Murano. Auch in Amerika (New York: Armenfriedhof auf Hart Island) und in Finnland gibt es solche „Friedhofsinseln“. (*Marshall Islands Journal* 16.09.16, *Wikipedia*)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Daniel Bergmann, FSJ'ler im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

## AUS PAPUA-NEUGUINEA

### ALLGEMEIN

#### Neuer Bischof in Melpa Lutheran Church

Die *Melpa Lutheran Church* in PNG hat mit Rev. Stanley Mukate aus den Western Highlands einen neuen Bischof. Nach dem Tod des vorherigen Bischofs Sanagke Dole im Jahr 2013 wurde nun die Bischofsstelle mit einem langjährigen Mitglied der MLC besetzt. Mukate sagte dazu: „Ich bedanke mich bei den Christen in anderen Ländern für ihre Unterstützung der MLC und werde dafür arbeiten, in Zusammenarbeit mit ande-



ren Kirchen und der Regierung den Geist des Evangeliums zu verbreiten.“ (*The National Faith* 13.10.16)

## Kirchliches Gesundheitswesen in Krise

Das kirchliche Gesundheitswesen im Norden des Staates ist in einer schweren Krise.

Im September warnte der anglikanische Erzbischof Clive Igara, dass am Ende des Monats das kirchliche Gesundheitswesen zusammenbrechen könnte, wenn keine Hilfe der Regierung kommt. Die Hälfte der gesundheitlichen Dienstleistungen in der Nördlichen Provinz wird durch die anglikanische Kirche unterstützt, ohne diese wäre eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Für Entlastung sorgte eine Spende über 250.000 Kina durch den im Norden liegenden Ijivitari Distrikt. (*The National* 26.10.16)

## Aktuelle Themen auf der ökumen. Kirchenkonferenz

Zu einer ökumenischen Konferenz trafen sich Kirchenführer der großen Kirchen von Papua-Neuguinea vom 18. bis zum 21. Oktober am *Melanesian Institute* in Goroka, um aktuelle Probleme des Landes zu besprechen und Lösungen und Hilfe seitens der Kirchen zu finden. Das Thema des viertägigen Treffens war das Überdenken ökumenischer Beziehungen und die Zusammenarbeit in PNG. Der Leiter der ELC-PNG, Bischof Jack Urame, verwies darauf, dass die Kirchen die Herausforderungen der Gesellschaft und die Bedürfnisse der Menschen erkannt haben und sie alle als Christen zusammenarbeiten wollen. Des Weiteren betonte er: „*Wenn wir uns als eine Gemeinschaft des mit dem Leib Christi verbundenen Gottesvolkes identifizieren, werden Dialog und Zusammenarbeit möglich*“. (*The National* 28.10.16)

Auf der Ökumene Konferenz verabschiedeten die Kirchenleitenden der Anglikanischen Kirche, der Evang.-Luth. Kirche, der Katholischen Kirche und der United Church auch eine Erklärung zu Westpapua, die hier im englischen Wortlaut abgedruckt ist.

## The Goroka Statement on West Papua

The Christian church leaders from Heads and representatives of the Anglican, Catholic, Evangelical Lutheran and United church in a conference organised by the Pacific Conference of Churches on rethinking ecumenical relations and cooperation in Papua New Guinea conducted in Goroka on the 18<sup>th</sup> to the 21<sup>st</sup> of October 2016 realised the need for Christian unity in Papua New Guinea to uphold the will of our ancestors and the belief they hold for Christianity for our people. In acknowledging their wish and dream for Papua New Guinea we stand together in solidarity to voice our concern for the plight of our Wantoks in West Papua. In this unity we uphold the principle of 'the love of God and love for neighbour' and have deep concerns for the abuse of God's creation in their dignity as people. This has been evident in the on-going human rights violation, oppression, genocide and occupation.

Our solidarity signifies the foundational moral commitment amongst leaders of Christian churches in Papua New Guinea who share concern for each other and for our people of West Papua. We therefore commit ourselves to:

1. Focus our effort on awareness raising and relationship building among the Papua New Guinea people and our fellow West Papuans' residing in Papua New Guinea at local community level in recognition and acceptance of the Papuan' and their sense of identity and belongingness in Papua New Guinea.

2. Advocate to government to consider the passing of the One People Bill in parliament and for full membership of West Papua in the Melanesian Spearhead Group.

3. Advocate to the government to allocate lands for resettlement for our Wantoks of West Papua and to provide opportunities for education and employment to them.

4. Advocate to the international community for recognition of the West Papua struggle for self-determination and freedom from human rights abuses.

5. Advocate for the liberation of the Indonesian leaders and people to recognise the plight of West Papuan struggle for liberation.

As leaders we acknowledge the initiative already taken by the government, some churches and civil society organisations to help in the struggle for our Wantok brothers and sisters of West Papua.

## ELC-PNG

### Yabim Distrikt hat neuen Präsidenten

Der Yabim Distrikt der Evangelische-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea (ELC-PNG) hat einen neuen Präsidenten. Yasam Aiwara (50) aus Langima in Aseki, Menyamya (Morobe Provinz) wurde am 30.10.2016 von Mitgliedern der Kirche gewählt. Er löst damit den amtierenden Präsidenten David Dani aus Malalo ab. (*The National Faith* 03.11.16)

### Nationale Frauenkonferenz der Kirche

Am 25.09.2016 eröffnete Bischof Jack Urame von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in PNG die nationale Frauenkonferenz der Kirche in Sinasina-Yonumugl in Chimbu. Mehr als 4.000 Frauen aus 17 Distrikten besuchten die

Konferenz genauso wie der Gouverneur von Morobe, Kelly Naru. Mit den Worten: „Frauen spielen eine entscheidende Rolle in Familien, Kirche, Land und sind das Kraftwerk“ begrüßte Bischof Jack Urame die Teilnehmenden. Er erklärte, dass ohne die Frauen die Erhaltung des geistlichen Lebens und die Missionsarbeit innerhalb der Familien nicht möglich sei. *(The National 26.09.16)*

### **Kirchen helfen bei der Rehabilitation von Gefangenen**

Commanding Officer Superintendent Haraha Kiddy Keko bedankte sich für das kirchliche Engagement bei der Rehabilitation von Gefangenen. Er sagte, er würde mehr kirchliche Programme in dieser Richtung begrüßen. Neben Geschenken steht vor allem die geistliche Betreuung der Inhaftierten im Vordergrund. Laut Keko müssen sie das Wort Gottes hören, um wieder Hoffnung zu schöpfen und ihr eigenes Leben in die richtige Bahn zu lenken. Auch der Kontakt mit kirchlichen Partnerschaftsgruppen erleichtert den Gefangenen die Eingliederung in das Alltagsleben und gibt ihnen einen Punkt, an dem sie sich orientieren können, erklärte Keko weiter. *(The National 07.09.16)*

### **Christliche Werte in Erziehung und Bildung unumgänglich**

In PNG gibt es etliche Angebote und Projekte, um Jugendlichen die Kirche näher zu bringen. So wurden im Distrikt Finschhafen Bibeln und Musikinstrumente an Jugendliche verteilt, im Rahmen einer Kooperation der *United Church Children* und dem Jugendministerium eine große Talentshow organisiert, sowie von der ELC-PNG eine kirchliche Jugendkonferenz mit mehr als 1.000 Teilnehmern in Bubia (Morobe Distrikt) abgehalten.

Die Bedeutung der christlichen Erziehung von Jugendlichen wurde von Sam Basil, dem stellvertretenden Oppositionsvorsitzenden in PNG, noch einmal betont. An der jährlichen Sonntagsschulen-Konferenz in Bulolo (Morobe) sagte er, Kirchen spielten eine wichtige Rolle, um aus Jugendlichen gute Bürger zu entwickeln mit einem eigenen Verständnis für Werte und Ethik. *(The National Faith 6.10.16)*

## **RÖM.–KATH. KIRCHE**

### **Erzbischof aus PNG wird Kardinal der katholischen Kirche**

Der neuguineische Erzbischof Sir John Ribat (geb. 09.02.1957) wird zum Kardinal ernannt, einem der wichtigsten und höchsten Titel neben dem Papsttum in der katholischen Kirche. Nach seiner Zeit als Novizenmeister in Rabaul (Provinz Neubritannien) und später in Suva (Fidschi) war Sir John Ribat seit 2005 Bischof der Region Bereina, sowie Erzbischof in Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea.

Die Ernennung des 59-Jährigen, aus der Stadt Volavolo in der East New Britain Provinz stammenden Erzbischofs, wurde von Papst Franziskus persönlich in seinem wöchentlichen Sonntagsbericht bekannt gegeben. Am 19. November wurde Sir John Ribat neben 16 anderen Auserwählten aus verschiedenen Ländern zum Kardinal erhoben und hat dadurch zukünftig das Recht, an den Papstwahlen teilzunehmen.

Erzbischof Ribat nannte seine Ernennung eine große Überraschung und bedankte sich bei Papst Franziskus dafür, dass auch kleinere Kirchen bei der Kardinalswahl berücksichtigt werden. *(Pacific Islands Report 09.10.16)*

### **Erzbischof erhält höchste Auszeichnung von PNG**

Erzbischof Francesco Panfilo (geb. 23.11.1942 in Italien) wurde anlässlich des 41. Geburtstags der Unabhängigkeit durch die Regierung von Papua-Neuguinea der höchste traditionelle Ehrentitel („Chief“) verliehen. Nachdem er viele Jahre auf den Philippinen gearbeitet hatte, kam der katholische Geistliche 1997 nach Papua-Neuguinea und wurde 2001 zum Bischof von Alotau-Sideia.

Die Anerkennung erhielt der 73-Jährige, der seit 2011 das Amt des Erzbischofs der Provinz Neubritannien (Rabaul) innehat, für seinen herausragenden Beitrag im Bereich der Seelsorge, Führung und Ausbildung der Jugendlichen des Landes. *(The National 30.09.16)*

## **AUS ANDEREN LÄNDERN**

### **INDONESIEN**

#### **Kirche unterstützt Baumpflanzinitiative**

Die katholische Kirche von Indonesien gab bekannt, die Baumpflanzinitiative der Regierung zu unterstützen. Die 24,3 Millionen Hektar indonesisches Land sind in einem kritischen Zustand, so dass die Regierung und das Forstwirtschaftsministerium gezwungen waren zu handeln. Laut Bischof Franziskus Kopong Kung steht die Initiative im Einklang mit Papst Franziskus Enzyklika "Laudato si", welche die Menschen zur Fürsorge für ihre Umwelt aufruft. In das Programm sollen alle regionalen Diözesen und Einwohner gleichsam eingebunden werden, um durch eine regionale Politik und Mitarbeit aller Beteiligten viele Bäume zu pflanzen. *(ucanews 27.09.16)*

## Ex-Terrorist wird Friedensstifter

Khairuk Ghazali, ein muslimischer Kleriker und Mentor für Dschihadisten, eröffnete nach seinem Gefängnisarrest ein spezielles Internat zur Entradikalisierung. Dem ehemaligen Islamisten wurden durch die Liebe seiner Frau und das Leiden seiner Kinder unter seinen Taten die Augen geöffnet. In der Schule nutzt er seine eigenen Erfahrungen, um indonesische Kinder vom Weg der Radikalisierung abzubringen und ihnen neue Perspektiven aufzuzeigen. Das seit Juni eröffnete Internat liegt im Dorf Sei Mencirem, etwa 35 Kilometer von der nordsumatranischen Hauptstadt Medan entfernt und nimmt hauptsächlich Kinder von Terroristen auf. Khairuk Ghazali sagte dazu: *"Ich schrieb Bücher, aber ich dachte, das ist nicht genug. Ich glaube, der beste Weg zur Entradikalisierung der Kinder ist die Erziehung."* (ucanews 27.09.16)

## Religionsfreiheit in Indonesien

Die aktuelle Lage der Religionsfreiheit und Toleranz in Indonesien ist weiterhin brisant und beunruhigend, berichtet Elga Sarapung (Leiterin des Instituts für Interfaith Dialogue in Indonesien). Der interreligiöse Dialog wird durch stark verbreiteten Fundamentalismus sowohl im christlichen als auch im muslimischen Bereich behindert. Es werden nur sechs offizielle Religionen von Indonesien anerkannt, was bedeutet, dass religiöse Minderheiten in ständiger Gefahr sind. Die Polizei kann und will aus Angst vor den Fundamentalisten den Minderheiten keinen Schutz gewährleisten und verweist auf ihre zahlenmäßige Unterlegenheit. Lokale Autonomie und Straflosigkeit bei religiös motivierten Tätern sind nur einzelne Beispiele für die schlechte Situation des Landes. Sarapung ruft dazu auf, die Gespräche zu den Fundamentalisten und den Minderheiten weiter aufrechtzu-

erhalten, um einen fortwährenden Austausch zu schaffen und um an einer toleranteren und respektvolleren Gesellschaft zu arbeiten. (Watch Indonesia! 13.10.16)

## Neue Version der Bibel veröffentlicht

**Kiribati:** Am 17. September wurde die neue Version der Bibel in der Kiribatisprache "Te Baibara Te Rairai Ae Boou" in Tarawa veröffentlicht. Damit wird das Wort Gottes für viele Menschen verständlicher und klarer. Das Projekt startete im November 1988 mit der Übersetzung des Neuen Testaments und zeichnet sich durch eine zeitgenössische und eine leichter lesbare Bibelübersetzung aus. Im Gegenteil zur alten Übersetzung (Kiribati Old Version), die eher wortwörtlich war, ist die neue Version ein Beispiel für eine bedeutungsorientierte Übersetzung. *"Vor allem wird so den jüngeren Generationen das Verständnis des Evangeliums erleichtert"*, sagte Rev. Apenisa Lewatoro, Übersetzer der Bibelgesellschaft im Südpazifik. (unitedbiblesocieties 30.09.16)

## Kirchenpräsident fordert Furchtlosigkeit von Medien

**Samoa:** Der Vorsitzende des Nationalen Rates der Kirchen in Samoa, Kasiano Leaupepe, gab den Medien den Rat, stark und mutig bei der Verbreitung ihrer Informationen zu sein. Am Ende des von Papst Franziskus initiierten Medienmonats, währenddessen weltweit die Kirchengemeinschaft für die Medien beten sollte, sagte Leaupepe: *„Jesus sagte, dass nichts für immer versteckt werden kann, und wenn es berichtenswerte Dinge gibt, dann sollten sie gemeldet werden.“* Obwohl seiner Meinung nach Kirchen oft besorgt sind, wenn die Medien ein Thema behandeln, an dem sie beteiligt sind, sollten sie ihrer Pflicht nachkommen und offen und ehrlich darüber berichten. (Pacific Islands Report 02.10.2016)

## Christen lehnen Versöhnung mit muslim. Beteiligung ab

**Vanuatu:** Die Christen im souveränen Inselstaat Vanuatu erklärten öffentlich, dass sie keine internationale Versöhnungszeremonie, in die Muslime involviert sind, unterstützen werden. Der Vorsitzende des Christlichen Rates auf Vanuatu, Pfarrer Allan Nafuki, gab seine Ablehnung gegenüber der Friedenszeremonie bekannt und verwies auf eine geplante Demonstration aller Christen in Vanuatu, um die Botschaft zu senden, dass Vanuatu ein rein christliches Land ist. (Pacific Islands Report 16.10.16)

### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:** Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik**  
IBAN: DE12520604100001011111  
BIC: GENODEF1EK1  
Evang. Kreditgenossenschaft eG

### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Tahiti-Press • Wantok • Westpazpa-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE

und

**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neundettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
www.pazifik-infostelle.org  
www.mission-einewelt.de